

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im voraus zahlbar, halbjährlich 10,00 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbezugsgebühren. Auslandsendonement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Wochenausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Illustrierte Beilage“, „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Unterhaltung und Wollen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Witz in die Kuchertüte“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparenz der 40 Pfennig, Reichsmark 1.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ des verlegten Wort 25 Pfennig (jeweils zwei beidseitige Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Reichsmark 1/2 bis 60 Pfennig. Familienangelegenheiten 40 Pfennig. Anzeigenannahme in der Regel bis 11 Uhr, wochentags von 8 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Döbel 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbescheidkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B u. Zick-Ges. Depotschloß Lindenstr. 3.

Fort mit Schacht!

Sein Rücktritt eine Forderung des arbeitenden Volkes.

Was ist nun im Haag gewesen? Eine 24-Stunden-Revolution hat mit der Wiederherstellung des Zustandes von vorher geendet.

Die Reichsbank macht bei der internationalen Reparationsbank mit, Herr Schacht bleibt ihr Präsident, und es ist alles wieder gut.

Wirklich?

Allerdings, der Zustand ist wieder hergestellt, der bestand, bevor Schacht sich weigerte, in Basel mitzutun. Herr Schacht weigert sich nicht mehr. Aber zwischendurch ist doch etwas passiert.

Der Präsident der deutschen Reichsbank hat vor der ganzen Welt ein bemerkenswertes Beispiel nationaler Disziplinlosigkeit gegeben. Die Vertreter des Auslands sahen im Haag Deutsche und Deutsche mit geröteten Gesichtern und geschwollenen Stirnädern einander gegenüber und hörten zornige Worte. Sie erlebten dann — wahrscheinlich mit sehr gemischten Gefühlen — eine ebenso rasche wie rührende Versöhnung. Das Ganze: eine Blamage vor aller Welt. Wir verdanken sie Herrn Schacht.

Wahrscheinlich haben diejenigen recht, die mit einer gewissen Schadenfreude behaupten, daß der Blamierte sei bei dieser ganzen Angelegenheit Herr Schacht selbst ist. Wir können aber die Feststellung, daß der Präsident unserer Reichsbank vor dem Auslande eine lächerliche Rolle gespielt hat, keineswegs mit Genugtuung aufnehmen. Wir fragen vielmehr: „Was folgt daraus?“ und „Wie lange noch?“

Seit längerer Zeit hatten wir hier — und seit kurzem mit besonderem Nachdruck — die Meinung vertreten, daß die Präsidentschaft des Herrn Schacht einen furchtbaren Schaden für die Wirtschaft und einen unerträglichen Zustand für den Staat bedeute. Darum haben wir gefordert, daß im Haag diejenigen Bestimmungen des Reichsbankstatuts beseitigt werden, die Herrn Schacht eine international geschützte Stellung neben oder über der deutschen Regierung anweisen.

Kann etwa jemand finden, daß diese Meinung und diese Forderung nach dem Theater vom Montag widerlegt oder überholt seien? Das wäre eine sonderbare Vogli!

Gerade das Theater, das Herr Schacht am Montag im Haag aufführte, hat einen neuen unwiderleglichen Beweis dafür geliefert, daß Schacht ein unmöglicher Reichsbankpräsident ist und daß er verschwinden muß.

Der Ruf erhebt sich: „Fort mit Schacht!“

Die Gewerkschaften sagen: „Er hat durch die systematische Abschneidung der deutschen Wirtschaft von der ausländischen Kapitalzufuhr den Baumarkt, die wichtigste Schlüsselindustrie, erdrosselt. Er hat Hunderttausende und aber Hunderttausende von Arbeitslosen geschaffen. Darum fort mit Schacht!“

Die Sozialdemokratische Partei fügt hinzu: „Er hat nicht nur das getan, sondern er hat die Machtfstellung, die er uns aufgezwungenen internationalen Bindungen verdankt, dazu mißbraucht. Innenpolitisch und Außenpolitisch auf eigene Faust zu treiben. Ihn weiter schalten lassen wie bisher, heißt die Verfassung enteelen, den demokratischen Staat entmachten, dem internationalen Finanzkapital die Herrschaft überlassen. Weil wir das nicht wollen, darum fort mit Schacht!“

Niemand täusche sich darüber: es ist eine Volksbewegung im Werden, eine Volksbewegung, die nichts zu tun haben will mit dem sinnlosen Treiben nationalsozialistischer oder kommunistischer Radaubröder. Sie ist getragen von ernstern Männern und Frauen, die getrieben sind von der Sorge um das Los der arbeitenden Menschen, um ihr eigenes Los und von der Sorge um die Zukunft der deutschen Demokratie. Die Lösung dieser Volksbewegung wird lauten: „Fort mit Schacht!“

Der Kampf gegen die Diktatur Schachts ist ein Kampf für die deutsche Wirtschaft und ein Kampf für den deutschen Staat. Es ist ein Kampf gegen eine Fessel, die uns infolge unserer Niederlage von unseren einstigen Kriegsgegnern auf-

Gestern mittag gegen 2 Uhr wurde von der deutschen Delegation im Haag das folgende offizielle Kommuniqué herausgegeben:

Die deutsche Delegation wird in der morgigen Sitzung die erforderlichen Schritte tun, um die Beilegung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen und die Mitwirkung der Reichsbank an der Bank für internationale Zahlungen geschlicht zu gewährleisten.

Wie wir weiter hören, hat der Reichsbankpräsident in einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer erklärt, sich für diesen Fall den daraus ergebenden Verpflichtungen nicht zu entziehen. Damit ist die Mitwirkung der Reichsbank gesichert.

Gleichzeitig beriet in Berlin das Reichskabinett über die durch die Schachtsche Haltung geschaffene Lage. Ueber die Beratung wird amtlich mitgeteilt:

Das Reichskabinett hat sich in seiner gestrigen

Sitzung mit dem Gang der Haager Verhandlungen befaßt und, soweit ein Ergebnis vorliegt, derhaltung der deutschen Delegation zugestimmt.

Nachdem die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsbankpräsidenten die Reichskreditgesellschaft A. G. und die Preussische Staatsbank (Seehandlung) erjudet hat, an Stelle der Reichsbank bis auf weiteres als Gründer der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich aufzutreten, haben sich diese Banken dazu bereit erklärt. Zum Zwecke der notwendigen Verhandlungen reifen im Laufe des heutigen Abends die Herren Direktor Ritscher und Präsident Schroeder nach dem Haag.

Der preussische Finanzminister hat die Genehmigung zur Beteiligung der Preussischen Staatsbank an der Bank für Internationale Zahlungen erteilt. Die Seehandlung und die Reichskreditgesellschaft werden zunächst an den Gründungsverhandlungen der BIZ. teilnehmen, um dann nach Annahme des Gesetzes den Platz der Reichsbank zu übernehmen.

erlegt worden ist. Denn dem Diktator dieser Gegner, hinter denen dabei das internationale Finanzkapital stand, dankt Schacht seine Machtfstellung. Die Kräfte, die gegen diese Machtfstellung angehen, werden sich nicht aufhalten lassen durch den Hinweis auf einen Paragraphen des Reichsbankstatuts. Alle juristischen Argumentationen wird ihr Ruf überdönen: „Fort mit Schacht!“

Steht nicht auch in der Reichsverfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ — und trotzdem haben die Volksvertreter nach Schachts Befehlen Gesetze machen müssen? Wenn Schacht nicht über die Verfassung stolpert, warum sollen wir halt machen vor einem Bankstatut? Also, trotz alledem: „Fort mit Schacht!“

Da kommen nun die Gegner und sagen, wer gegen Schacht ist, der ist für eine neue Inflation. Antwort: es gibt unter den Gegnern Schachts keinen Dummkopf und keinen Verbrenner, der das will. Wir sind mit jedem Reichsbankpräsidenten zufrieden, der die Währung schützt. Wir sind für jedes Gesetz, das diesem Zweck dient. Wir sind für Schutzbürgung, Sparsamkeit, Ausgleich des Reichshaushalts, wir sind bereit, alle Opfer zu bringen, um die deutschen Finanzen auf gesunde Grundlagen zu stellen — aber wir haben uns nicht von Wilhelm befreit, um uns von einem anderen Karren regieren zu lassen: „Darum fort mit Schacht!“

So denken heute in Deutschland Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Millionen Wähler der Sozialdemokratischen Partei, Millionen überzeugte Republikaner. Eine Volksbewegung ist im Gange. Wer in Deutschland oder im Ausland Politik treibt, gleichviel wo und wie er steht, wird gut tun, mit dieser Tatsache zu rechnen.

Schachts Erfolg:

Ein Stoß gegen die Autorität des Reichs.

V. Sch. Haag, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Dr. Schacht hat sich im Hotel der deutschen Delegation ganz ungeniert als Nebenregierung etabliert und hält ununterbrochen Pressokonferenzen ab. Er empfing einzeln und in verschiedenen Gruppen die Vertreter der bürgerlichen deutschen Presse, um 17 Uhr hielt er sogar eine englische Pressekonferenz ab.

Der Vertreter des „Vorwärts“ kann, weil er es ablehnen muß, an den Empfängen der Nebenregierung Schacht teilzunehmen, nur aus zweiter Hand die Versicherungen des Reichsbankpräsidenten wiedergeben, sowie die Eindrücke derer, die diesen Empfängen beigewohnt haben. Selbst solche Berichterstatter, die bisher zu Dr. Schacht hielten, hatten den Eindruck, daß sie es mit einem Mann zu tun haben, der einen

akuten Anfall von Cäsarenwahnsinn

durchmacht. Vor dem Beginn der Versuche der deutschen Delegation, sich mit Schacht zu „einigen“, hatte er u. a. erklärt: „Weber ich noch die Reichsbank werde an einem Geschäft teilnehmen, dessen moralische

Grundlagen wir nicht für gesichert halten — wenigstens nicht freiwillig.“

„Wenn die Regierung gegen mich irgendwelche Maßnahmen ergreift, müßte ich als lokaler Staatsbürger sie ausführen. Denn jeder Staatsbürger muß das Gesetz respektieren oder auswandern, und ich will nicht auswandern.“

„Es liegt mir fern, politische Entscheidungen zu beeinflussen; wenn die Delegation mit anderen Banken als der Reichsbank für die Mitwirkung an der BIZ. verhandeln will, so werde ich das nicht verhindern, denn das wäre Sabotage.“

„Ich demissioniere nicht, wenn es auch einigen Leuten passen würde, denn ich habe eine Verantwortung nicht nur vor Deutschland, sondern vor der gesamten Welt. Ich habe ein internationales Mandat, dem ich mich nicht durch die Kritik entziehen werde.“

Bei diesen Worten soll nach dem Bericht von Zeugen Herr Schacht so grotesk-pathetisch deklamiert haben, daß manche ihm sogar nahestehende Zuhörer an seiner Zurechnungsfähigkeit zweifelten.

Dreimal wiederholte er im Verlauf einer einzigen Besprechung: „Ich irre mich nie!“

Als jemand ihn fragte, fürchten Sie nicht, Herr Präsident...? unterbrach Schacht scharf: „Ich fürchte überhaupt nichts!“

Anderer fragten, ob nicht durch seine Weigerung an der BIZ. mitzuarbeiten und durch seinen Beschluß das Feld zweifelhaften Bankinstituten zu überlassen, Schädigungen entstehen könnten, darauf Schacht: „Ja, wenn man die Sache so düss anfängt, dann allerdings.“

Diese Kostproben genügen wohl, um auf allen Lippen jene gleiche besorgte Frage aufzulegen zu lassen, die man nach gewissen Reden Wilhelms II. oder Bismarcks gestellt hat.

Man muß fragen, warum die deutsche Delegation mit Schacht überhaupt noch verhandelt und warum sie mit ihm eine „Einigung“ gesucht und gefunden hat, die es ihm gestattet, sich als vernünftige nationale Tugend hinzustellen. Jetzt wird er nach seiner Rückkehr nach Deutschland deklamieren: „Ich wollte ja kämpfen, ich wollte die Augustbeschlüsse auf der Haager Schlusskonferenz wieder rückgängig machen, ich weigerte mich, den infolge seiner Verfallung „amoralisch“ gewordenen Young-Plan auszuführen — aber die Regierung ist mir in den Rücken gefallen und hat mich durch die Drohung mit einer Gesetzesänderung gezwungen, den unmoralischen Young-Plan auszuführen. Ich füge mich, aber nur unter Protest.“

Das Ausland wird ihn zwar auslachen, und es nimmt ihn ab heute nicht mehr ernst —, aber es wird genug Humme in Deutschland geben, die in ihm den verhinderten nationalen Heroen feiern und die Reichsregierung des Landesverrats beschuldigen werden. So gibt es

in Wirklichkeit als Ergebnis des heutigen Kampfes keine Sieger, sondern nur Besiegte.

Denn darüber darf sich die Regierung nicht täuschen: Trotz der scheinbaren Kapitulation Schachts hat die Autorität des Reiches vor den Augen der verammelten Staatsmänner der Welt den empfindlichsten Stoß erlitten.

Wir fragen: Welche Regierung, welches Volk auf der Welt hätte sich das bleien lassen? Wer glaubt, daß Lardieu auch nur eine Minute länger mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich Moreau verhandelt hätte, wenn er sich so ausgeführt haben würde,

wie Schacht seit Wochen und vor allem am gestrigen Montag? Wer glaubt, daß Snowden eine „Einigung“ mit dem — übrigens gleichfalls unabsehbaren — Präsidenten der Bank von England Morris Norman geschloffen hätte, wenn er auf einer internationalen Konferenz dem britischen Reich in der gleichen Weise in den Rücken gefallen wäre, wie es Schacht gestern gegenüber der im Kampf befindlichen deutschen Delegation getan hat? Am nächsten Tage schon wäre ohne Unterschied der Parteien ein ungeheurer Sturm der Empörung durch das ganze englische Volk gegangen und hätte den unverantwortlichen Rebellen hinweggefegt.

Indessen ist die Sache offenbar noch keineswegs in Ordnung. Die deutsche Delegation glaubt auf Grund einer Rücksprache zwischen Chéron und Moldenhauer, daß nunmehr alles glatt verlaufen werde; so hat Chéron auch nach Paris gemeldet. Sie betrachtet sogar die Reise des Staatsbankpräsidenten Schröder und des Direktors Rüdiger von der Reichskreditgesellschaft nach dem Haag als eigentlich überholt; diese Reise könnte, so meint man, nur noch durch einen unvorhergesehenen Zwischenfall aktuelle Bedeutung erlangen. Dieser

Zwischenfall ist aber keineswegs unwahrscheinlich.

In der französischen Delegation hält man es für durchaus möglich, daß Tardieu, der am Mittwochmittag hier eintrifft, in der morgigen Sitzung der sechs einladenden Mächte Chéron desoobouieren und sich nicht mit der in Aussicht gestellten Lösung begnügen wird. Dies um so mehr, als gewisse Widersprüche zwischen dem Telegramm Chérons an Tardieu und der von der deutschen Delegation geschickten Absicht bestehen. In dem von Moldenhauer genehmigten Informationstelegramm Chérons an Tardieu ist ausdrücklich von einer Änderung des Reichsbankgesetzes als Grundfrage über die Vorabsetzung der Mitwirkung Schachts an den Arbeiten des Organisationskomitees im Haag und der Beteiligung der Reichsbank an der Bank für Internationale Zahlungen die Rede.

Es scheint, daß sich die Franzosen mit einer bloßen Erwähnung dieser Aufgabe im Schlußprotokoll nicht zufriedengeben werden.

Und was tut Deutschland?

Und was tut Deutschland? Ergreift es die Gelegenheit, um nicht nur die Autorität der Regierung zu wahren, sondern auch die Souveränität des Reiches wiederherzustellen und die Diktatur Schachts zu stürzen? Man verhandelt, man einigt sich und

man denkt nicht mehr daran, das Reichsbankstatut zu ändern!

Es wird weder das Recht des Reiches auf Abberufung des Reichsbankpräsidenten mehr erstrebt, noch Einfluß des Reiches auf die Wahl des Generalkontrats und es ist sogar sehr zweifelhaft, ob man überhaupt noch die ursprünglich in Aussicht genommene Statutenänderung vornehmen wird, wonach die Beteiligung der Reichsbank an der Reparationsbank im Gesetz verankert wird. Man will sich jetzt damit begnügen, eine derartige Feststellung in das Schlußprotokoll der Konferenz aufzunehmen. Da dieses Protokoll vom Reichstag angenommen werden soll und dadurch Gesetzeskraft erlangen wird, so würde vielleicht ein unehrliches Spiel mit Worten getrieben, in das wir kein Vertrauen setzen. Dies um so mehr, als Schacht, als er am Abend im Hotel der französischen Delegation erschien, um mit Reynold zu speisen, französischen Berichterstattern erklärte,

er werde keinen Beschluß und keine etwaige persönliche Mitarbeit an der Bank für Internationale Zahlungen davon abhängig machen, wie das Gesamtergebnis der Schlußkonferenz ausfallen werde.

Wir fürchten daher sehr, daß zu den innerpolitischen Demütigungen, die Deutschland heute erduldet hat, morgen noch außenpolitische Demütigungen hinzukommen könnten und daß wir schließlich vom Ausland gezwungen werden würden, das zu tun, was wir selbstverständlich aus eigenem Entschluß und eigener Kraft hätten sofort tun sollen.

Frankreich gegen Ersatzbanken.

Paris, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Wie der „Temps“ mitteilt, hat die französische Delegation beschlossen, das Einspringen deutscher Privatbanken für die Reichsbank abzulehnen; ehe dieser Beschluß der deutschen Delegation offiziell mitgeteilt worden sei, habe diese bereits dem Befehlsmarsch angekündigt, der der Reichsbank die Beteiligung am Gründungsfonds der Internationalen Reparationsbank zur Pflicht macht. Dazu erklärt „Paris Midi“, es sei anzunehmen, daß

Moldenhauer nunmehr im Haag ohne besondere Schwierigkeiten die kurzfristigen internationalen Kredite finden werde, die das Reich brauche.

Gleichzeitig fordert das Blatt mit aller Entschiedenheit, daß im Interesse der internationalen Prestige der Reichsregierung, der „größten Wahnsinnig gewordenen Reichsbankpräsident von dem Posten, den er mißbraucht, verjagt“ werde.

Ein deutsches Dementi.

Haag, 14. Januar. (M.B.)

Gegenüber Meldungen, die von einem schriftlich erfolgten Schritt der französischen und einer mündlichen Demarche der englischen und italienischen Delegation wissen wollen, in denen eine Mitwirkung der Reichsbank bei der Gründung der B. I. Z. als unerlässlich bezeichnet worden sei, erfahren wir zuverlässig, daß derartige Schritte bei der deutschen Delegation nicht unternommen worden sind. Es hat lediglich der italienische Delegierte Birelli bereits gestern Abend die Frage aufgeworfen, ob eine Umgehung der Reichsbank gegebenenfalls möglich wäre. Die Entschliessungen in bezug auf die Zuziehung der Reichsbank im Wege gesetzlicher Maßnahmen gehen also ausschließlich auf Erwägungen deutschen Interesses zurück.

Reichsbankstatut ändern!

Pariser Schlußfolgerung aus der Haager Wirrnis.

Paris, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Man hat hier der Drohung Schachts niemals den Ernst und die Bedeutung beigelegt wie in Deutschland. Man hat seine Reihode während der Pariser Verhandlungen zur Genüge kennengelernt und es ist noch zu frisch in der Erinnerung, wie er auch während einer Konferenz jedesmal, wenn er nach richtiger Dummensungenmanier mit der Faust auf den Tisch geschlagen hatte, danach immer kläglich kapitulierte. So war man denn auch keineswegs überrascht, als er gestern, nachdem er mit der Weigerung, für die Reichsbank die für Deutschland reservierten Anteile an der Internationalen Zahlungsbank zu übernehmen, seinen seit langem vorbereiteten und ausschließlich für die nationalistische Galerie in Deutschland berechneten großen Bluff aufgespielt hatte, in der üblichen Weise kein beigegeben und seine „logale Bereitschaft“ zur

Die Reichsbank gegen das Reich.

Wie es im Staate Schachts aussieht.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

„Die Reichsbank ist eine kaiserliche Insel mitten in der Republik. Das Direktorium der alten Reichsbank, auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser ernannt, ist in seiner Majorität nicht nur bis zum heutigen Tage erhalten, sondern hat die ihm durch das Gesetz von 1922 und das Bankgesetz von 1924 verliehene Autonomie dazu gebraucht, um eine hochkapitalistische und diktatorische Nebenregierung zu errichten.

Wie ist der Beamtenkörper der Reichsbank beschaffen? Keine bessere Illustration als die: Die Interessengemeinschaft der Reichsbankbeamten, die ein willkürliches Instrument des Direktoriums ist, hat es vor kurzem fertiggebracht,

an das in Baden-Baden über das neue Reichsbankstatut beratende Komitee eine Denkschrift zu richten, in der jede Reichsaufsicht abgelehnt wird.

Die Reichsbank hat ihre Autonomie dazu benutzt, einen „eigenen Beamtenkörper“ zu schaffen, der seine gesetzliche Regelung in einem geheimgehaltenen Beamtenstatut findet. In früherer Erinnerung ist die Disziplinierung der leitenden Beamtenvertreter. Auf eine Eingabe der Reichsbankbeamten, welche diese Vorgänge schildert, hat sich der Herr Reichsfinanzminister dahin geäußert, daß er zur Zeit leider außerstande sei, Verwaltungsmaßnahmen der Reichsbank zu beeinflussen, daß er aber bestrebt sei, bei der Neuordnung der Verhältnisse der Reichsbank auch die Rechtsverhältnisse der Beamten dem allgemeinen Beamtenrecht wieder anzugleichen.

Unter dem Schutze ihrer Autonomie hat das Reichsbankdirektorium, obwohl ein Reichsgerichtsurteil die Reichsbank als eine oberste Verwaltungsbehörde charakterisiert hat, im Gegensatz zu den Reichsbestimmungen

Mitwirkung an der Organisation der Internationalen Zahlungsbank und zur Durchführung des Young-Planes versichert hat. Man wüßte aber hier schon seit längerer, daß der vielgerühmte Mut und Männerstolz des Reichsbankpräsidenten sich ausschließlich in Manifestationen gegen die eigene Regierung erschöpft, daß er den Gläubigern gegenüber aber stets sehr schnell in sich zusammenbrach.

Weit mehr als Schachts von der gesamten französischen Presse als „Bluff und Lüge“ bezeichnetes Manöver erschütterte, richtete sich von Anfang an das politische Interesse ausschließlich auf die Frage, in welcher Weise die deutsche Regierung reagieren würde, und in dieser Hinsicht hat der Anlauf von Energie, den gestern die im Haag anwesenden Minister aufgebracht zu haben scheinen, hier einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Bezeichnend ist, daß selbst diejenigen Blätter, die bisher Herrn Schacht aus Sympathie für sein gegen den Frieden und die deutsch-französische Verständigungspolitik gerichtetes Zerwürfnißwert unterstützt haben, heute zum erstenmal zugeben, daß an der unheilbaren Situation die Gläubiger selbst einen großen Teil der Schuld tragen, da sie durch die von ihnen bei der Annahme des Dawes-Planes geforderte Unabhängigkeit der Reichsbank deren Präsidenten zu keiner Nachstellung verholfen haben. Sie stehen nicht an zu erklären, daß damit ein schwerer Fehler begangen worden ist, und lassen sehr ungewöhnlich durchblicken, daß die deutsche Regierung, wenn sie durch entsprechende Abänderung des Reichsbankstatuts diesem Zustande ein Ende machen wolle, auf Seiten der Gläubiger jede Unterstützung finden werde.

Tardieus Bericht.

Paris, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Dem Ministerrat berichtete Tardieu über die Fortschritte der Haager Konferenz und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Torpedierungsversuch Schachts von sämtlichen Delegationen einmütig abgelehnt worden ist. Tardieu sprach ferner die Hoffnung aus, daß dem Zwischenfall prompte Regelung folgen werde. Er unterstrich das einheitliche Vorgehen der Gläubigermächte während der bisherigen Verhandlungen und stellte fest, daß auch zur deutschen Delegation korrekte und gute Beziehungen herrschten.

Völkerbund und Kellogg-Pakt.

Zollfriedenskonferenz am 17. Februar.

Genf, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundrat hat beschlossen, die Anpassung des Völkerbundpaktes an den Kellogg-Pakt einem 11gliedrigen Ausschuss zu übertragen, der am 20. Februar zusammentreten soll.

Weiter wurde über die Tätigkeit und das Programm der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes berichtet. Die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote ist immer noch durch die Weigerung Polens und der Tschechoslowakei gefährdet. Henderson wies darauf hin, daß die Zollfriedenskonferenz nur dann Aussicht auf ein positives Ergebnis haben könne, wenn diese beiden Staaten sich vorher der Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote anschließen. Es wurde ohne Debatte beschlossen, die Zollfriedenskonferenz auf den 17. Februar einzuberufen.

In der Jerusalemer Klagemauer-Angelegenheit haben Papst und jüdische Hochfinanz hinter den Kulissen ihren Einfluß ausgeübt. Man einigte sich schließlich auf Einsetzung einer kleinen Untersuchungskommission, die aber nur die Klagemauer-Konflikte untersuchen soll und deren Amt mit der Abgabe eines Vorschlages an den Rat aufhört.

Der frühere bänische Außenminister Graf Rolke wurde zum Präsidenten der Zollfriedenskonferenz ernannt. Die Diplomatensfrage wurde vertagt.

Die Gelder der Friedensgesellschaft.

Eine Erklärung gegen Röttcher.

Die Deutsche Friedensgesellschaft teilt mit, daß sie bereits in einer Berichtigung gegen den „Reichsboten“ erklärt habe, daß die Deutsche Friedensgesellschaft weder direkt noch indirekt aus französischen, polnischen oder tschechischen Regierungskassen Gelder erhalten habe. Sie erweitert jetzt ihre Erklärung dahin, daß auch aus tschechischen und fran-

den Personatabbau laut Statut bis zum 31. Dezember 1925 verlängert, 700 Beamte abgebaut und gleichzeitig 1925 meist rechtsgerichtete Beamtenwärter eingestellt.

Die Reichsbank, welche ihre Existenz dem ihr vom Reiche verliehenen Notenmonopol verdankt, muß finanziell vom Reiche unabhängig bleiben, muß aber im Interesse einer einheitlichen Reichsführung und unbedingt unter Reichskontrolle gestellt werden. Die Reichsbank, welche nicht nur für Währungsrecht und Diskontpolitik maßgebend ist, sondern die wichtigsten Hebel für Anleihe-, Reparations- und Wirtschaftspolitik in der Hand hat, darf nicht weiterhin den Antirepublikanern ausgeliefert werden.

Der Reichsbankpräsident bezieht ein Netto-Jahresgehalt von rund 340 000 Mark, während die Mitglieder des Direktoriums ein Netto-Jahresgehalt von rund 180 000 Mark erhalten (beim Ausscheiden achtjähriges Goldjahresgehalt). Bekanntlich bezieht ein Reichsminister ein Gehalt von 36 000 Mark. Weiter sei die Frage gestellt, ob der Reichsbankpräsident in seiner Eigenschaft als Präsident des Generalkontrats und der Golddiskontbank noch besondere Aufwendungen bezieht?

Ist es richtig, daß die Direktoren der Golddiskontbank Doppelgehälter von Reichsbank und Golddiskontbank beziehen?

Ist es richtig, daß diese Rieseneinkommen auf Grund einer Verfügung des Reichsbankdirektoriums in „Geheimkonten“ geführt werden? Ist es richtig, daß für den Reichsbankpräsidenten ein jederzeit wieder auffüllbarer Dispositionsfonds eingerichtet ist?

Zu fordern ist: 1. Aufhebung der personellen Autonomie der Reichsbank, 2. Ernennung des Reichsbankpräsidenten durch den Reichspräsidenten, 3. paritätische Zusammensetzung des Generalkontrats mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern, 4. Wahl des Reichsbankdirektoriums und Regelung der Beamtenverhältnisse entsprechend dem allgemeinen Bankgesetz, 5. Systemwechsel in der Personalpolitik der Reichsbank.

zösischen Kreisen“ keine Gelder gezahlt worden seien, weder an Herrn Küster, noch an das „Andere Deutschland“, noch an die Friedensgesellschaft.

Hitler mit Goebbels solidarisch.

Volles Vertrauen.

Hitler erläßt eine Erklärung, daß Goebbels nach wie vor sein volles Vertrauen besitzt, daß er ihn nicht suspendiert habe und daß er jede weitere Entwicklung der Goebbelschen Zeitung begrüße.

Somit deckt Hitler den Angriff Goebbels gegen den Reichspräsidenten und erklärt sich mit ihm solidarisch.

Es ist bemerkenswert, daß diese Erklärung Hitlers für Goebbels nach der Bundesvorstandssitzung des Stahlhelms erfolgt, auf der die Beleidigung Goebbels gegen den Reichspräsidenten eine Rolle gespielt hat. Kebrigens wird die Nummer des „Angriff“, wegen der der Reichspräsident Strafanktrag gegen Goebbels gestellt hat, in Berlin von den Nationalsozialisten als Propagandamaterial in Massen weiterverbreitet.

Die Kommunisten wollen Blut sehen.

Verbrecherische Politik.

Kiel, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Die Kommunisten Nordwest-Deutschlands rufen durch Plakate und Pressenachrichten zu einem Massenmarsch nach Hamburg auf, wo am 1. und 2. Februar ein Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition stattfinden soll. Mit dem Aufruf verbunden sind Drohungen gegen die Hamburger Polizei, von der bei dieser Gelegenheit, wie es in der kommunistischen Presse heißt, „neue Proletariermorde bestimmt erwartet“ werden.

Das badische Regierungsprogramm.

Finanznot überall!

Karlsruhe, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Im Badischen Landtag entwickelte Staatspräsident und Finanzminister Dr. Schmidt am Dienstag in einer längeren Erklärung das Programm der Regierung und legte gleichzeitig den Staatsoveranschlag für die Jahre 1930/31 vor. In der Regierungserklärung legt die Regierung zunächst ein entschiedenes Bekenntnis der Treue zum Reich und der Treue zur republikanischen Verfassung ab.

Am Regierungsvorliegen kündigt der Staatspräsident ein Kontratsgesetz an, ferner den Ausbau des Driftstrahnenweges, ein Feldbereinigungsgesetz, den Ausbau der Volkshochschule und der Fortbildungsschule. In bezug auf die Schulfragen betonte der Minister, daß dem Amte der Jugendberziehung sich nur widmen könne, wer sich zum Staate positiv einzustellen vermag. Die Erziehung der Jugend in republikanischem Geiste und im Sinne der Verfassung von Reich und Land sei die Forderung der Regierung an die Lehrerschaft in allen Schulstufen. Da die Reichsreform noch nicht durchgeführt sei, sei es der Regierung nicht möglich, einen abgeschlossenen Staatsoveranschlag vorzulegen. Das gesamte Staatsvermögen betrage 460 Millionen Mark, denen 100 Millionen Mark Schulden gegenüberstünden. Bedenklich sei die schwebende Schuld, die vor allem durch den erhöhten Besoldungsaufwand verursacht sei. Nach der vorläufigen Zusammenstellung der ersten Haushaltsentwürfe weise der Staatsoveranschlag ein Defizit von 82 Millionen für die beiden Budgetjahre auf, das eventuell auf 40 Millionen herabgedrückt werden könne. Eine Deckung sei vorerst nicht abzusehen, wenn das Verhältnis des Reiches zu den Ländern nicht geregelt werde.

Das Reichskabinett hat sich gestern ferner mit der Frage der Erhöhung des Weizen- und Roggenzolls befaßt und sich damit einverstanden erklärt, daß durch Verwendung mit Wirkung vom 20. Januar der Roggenzoll auf 9 M. und der Weizenzoll auf 9,50 M. erhöht wird. Zu dem Entwurf eines Zündwarenmonopoles nehme das Kabinett Doppelpositione, soweit es sich um die außerhalb des Monopols zugelassene Eigenproduktion handelt.

Zentrale Schulungskurse.

Wels über die politische Lage.

Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet in den nächsten zehn Wochen eine Anzahl zentraler Schulungskurse für Sekretäre, Redakteure, Funktionärinnen und Geschäftsführer in Bollersdorf bei Budow.

Anlässlich des Beginns des ersten der vorgesehenen Kurse — eines Kurses für Parteisekretäre — fand eine kleine Eröffnungsfeier statt, an der vom Parteivorstand die Abgeordneten Genossen Wels, Ludwig und Vogel teilnahmen. Im Mittelpunkt des Abends stand die Rede des Genossen Wels, mit der die Arbeit eingeleitet wurde.

Wels wies eingangs darauf hin, daß seit den letzten Kursen der alten Parteischule, der die Partei so viele tüchtige Funktionäre verdankt, von denen heute noch manche an hervorragender Stelle arbeiten, vieles geschehen ist, was es schwerer macht als damals, Schüler und Lehrer zu sein. Wels fuhr dann fort: „Die politische Entwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit hat die Arbeiterbewegung und vor allem die Partei vor eine Fülle schwieriger Entscheidungen gestellt. Die Ereignisse überfüllten sich, und dabei ist keineswegs anzunehmen, daß das Tempo ruhiger werden wird.“

Die schwere Aufgabe der Liquidation des Krieges, der die Partei sich nicht entziehen durfte im Interesse der arbeitenden Massen, die es besonders bei der Verteilung der Lasten wirksam zu schlichten galt, hat in Verbindung mit der wirtschaftlichen und politischen Krise an das Verständnis der Arbeiterschaft hohe Anforderungen gestellt.

Beachtet man, daß der Druck, der — besonders wirtschaftlich durch die dauernde Arbeitslosigkeit — auf jedem einzelnen lag, noch verstärkt worden ist durch das Treiben der Kreise, die es darauf anlegen, Maßnahmen zu propagieren, durch die der neue Staat sich bei der Arbeiterschaft unbeliebt machen soll, weiß man, welche Fülle von Arbeit in dieser Zeit gerade auch für die Parteisekretäre erwachsen ist, die überall den Kampf in der vordersten Front mit zu führen haben. Ihnen soll der Kursus vor allem Gelegenheit geben, befreit von der Last der täglichen Arbeit, die wichtigsten Gegenwartsprobleme kennenzulernen und in ihren Untergründen und Zusammenhängen zu erfassen.“

Wels umriß dann die innen- und außenpolitische Situation und deutete die Aufgaben zu den einzelnen Problemen kurz an. „Wir sind — so fuhr er fort — nicht aus reiner Freude in die Reichskoalition gegangen, sondern im Interesse des Weltfriedens und damit im Interesse des internationalen Proletariats. Denn die Reaktion in Deutschland war immer bereit, die Staatsgewalt an sich zu reißen, und bestimmt wäre die Verständigung zwischen den Nationen noch nicht so weit, wie sie es heute bereits ist. Weil der Sozialismus nur international seine Ziele erreichen kann, kommt es darauf an, in den einzelnen Staaten die politische Macht zu erobern. Innenpolitisch hat es sich erwiesen, daß die Demokratie in Deutschland sich so lange nicht völlig auswirken kann, wie Parlament und Regierung abhängig sind von dem Diktator eines Mannes, der, wie Herr Schacht, Funktionär des Bankkapitals ist. Solange es möglich ist, daß Politik von solchen Instanzen zu trasser Interessenspolitik gemacht wird, muß die Arbeiterschaft weiterkämpfen um jede Position im Staat, d. h.

um Befreiung des Staates von der Vorherrschaft der Industrie, Hochfinanz und ihrer internationalen Einflüsse.

Zur Lösung der Aufgabe ist die Kenntnis der Vorgänge und der Schwierigkeiten der Situation nötig, wenn erfolgreich gearbeitet werden soll. Dem Einbringen in diese Probleme ist der Arbeitsplan des Kurses gewidmet.

„Wissen ist Macht“, so schloß der Redner, „aber zum Wissen muß auch der Wille zur Macht hinzukommen. Auf diesen Willen kommt es heute ganz besonders an. Wir müssen den Willen haben, unsere errungene — trotz der Schwierigkeiten errungene — Macht voll in die Bagdadische zu werfen — zum Wohle der Arbeiterschaft.“

Im Laufe der vierzehn Tage dauernden Kurse werden folgende Themen behandelt: „Das politische Parteiwesen und seine Beziehungen“, „Finanzreform“, „Wirtschafts- und Handelspolitik“, „Die Politik der sozialistischen Arbeiter-Internationale“, „Jugend und Partei“ und die „Kulturarbeit der Partei“. Außerdem sind zwei gemeinsame Fahrten nach Berlin vorgesehen, um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, die Einrichtungen der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften kennenzulernen.

Sakenkreuzeid auf die Verfassung.

Aber die Sakenkreuzler wollen ihr die Luft abdröhen.

Weimar, 14. Januar. (Eigenbericht.)

Die Deutsche Volkspartei versucht sich wegen der Ministerkath des Reichstages Fried zu rechtfertigen. Sie erklärt, die Nationalsozialisten hätten zufriedenstellende Erklärungen abgegeben.

Dr. Fried habe sich bereit erklärt, den Eid auf die Verfassung zu leisten, sich auf deren Boden zu stellen, und werde bereit sein, sie als Minister nicht nur zu halten, sondern auch zu schützen. In den Regierungsgeschäften sei dieses ausdrücklich betont und von den nationalsozialistischen Vertretern voll anerkannt worden. Die Koalitionsparteien seien außerdem über- eingekommen, im Landtag künftig die Behandlung von Reichs- und außenpolitischen Fragen in den Hintergrund treten zu lassen.

Trotz dieser Versicherung erklärte in der heutigen Aussprache über das neue Ministerbefehlungs-gesetz der nationalsozialistische Volkschul-lehrer Wächter, seine Partei wolle alles tun, um dem parlamentarischen System die Luft abzu- drehen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Frölich griff darauf Fried heftig an und hielt ihm sein Sündenregister vor.

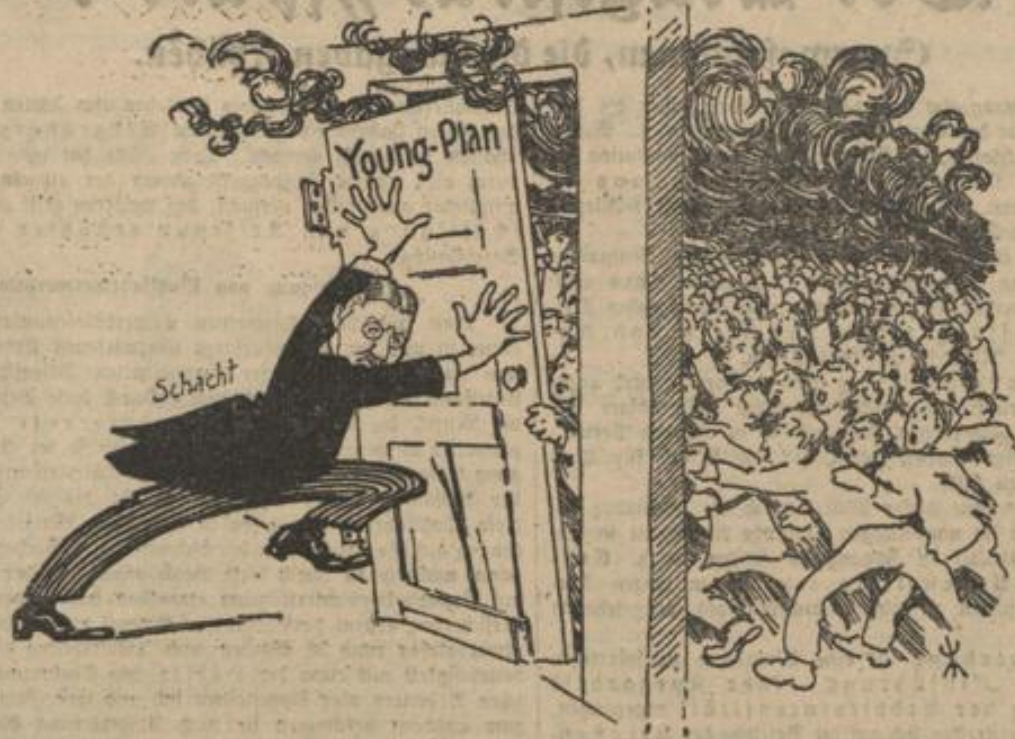
Flucht vor Hugenberg.

Neue Austritte.

Darmstadt, 14. Januar.

Wie die „Heftige Landeszeitung“ mitteilt, sind die beiden Stadträte Pörrer Heß und Süß aus der Deutschnationalen Volks- partei und Fraktion ausgetreten. Pörrer Heß, der gesinnungs- gemäß zu den Christlich-Sozialen zählt, hat mit seiner Austritts- erklärung zugleich sein Mandat niedergelegt, während Stadtrat Süß, der aus ähnlichen Gründen seinen Austritt anmeldete, sein Mandat weiter behält.

Hjalmar, der Widerpenstige.



Will er allein das Volk verhindern, sich zu retten?

Das deutschnationale Sklaref-Geld

Stadtverordneter Ganzow gibt 2000 M. zu, Zangemeister 6000 M.

Der Sklaref-Untersuchungsausschuss im Preussischen Landtag setzte gestern die Zeugenvernehmung fort. Als erster wurde der Charlotten- burger Bezirksverordnete Perl (Wirtschp.) vernommen, der in langen Ausführungen schildert, wie er schon seit Jahren als Vertreter des Einzelhandels gegen die Geschäftspraktiken der Sklarefs angeknüpft habe und dafür schließlich in der „Wahrheit“ des mit den Sklarefs befreundeten Reichstagsabgeordneten Bruha wiederholt persönlich scharf angegriffen worden sei.

Reichstagsabgeordneter Bruha, der bekanntlich bis zur Sklaref- Affäre der deutschnationalen Fraktion angehörte, be- kundet, daß ihm seinerzeit von Leo Sklaref gesprächsweise davon Mitteilung gemacht worden sei.

Daß selbst der deutschnationale Stadtverordnete Ganzow in seiner Eigenschaft als Schatzmeister der Deutschnationalen Partei bei ihm gewesen sei und für Parteizwecke 2000 Mark bekommen habe.

Sklaref habe ihm später wiederholt gesagt, daß Ganzow bei ihm gewesen und jedesmal Geld bekommen habe. In schließlich habe ihm Leo Sklaref mitgeteilt, er möge nun Ganzow veranlassen, endlich einmal mit dem Geldabhölen abzustopfen.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion, Landtagsabgeordneter Lüdecke, bekundet, daß ihm persönlich von solchen Geldzuwendungen an seine Partei von Seiten der Sklarefs nie etwas bekannt geworden ist. Die Entscheidungen der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion seien immer, auch was die Geschäftsverbindungen der Sklarefs mit der Stadt anbelangt, rein sachlich gewesen.

Stadtverordneter Ganzow (Dnat.) gibt an, daß er als Schatz- meister der Deutschnationalen

von Stadtrat Wege darauf aufmerksam gemacht wurde, er möge sich auch einmal an die Sklarefs wenden, um Geld für Partei- zwecke zu erhalten.

Das sei im Jahre 1926 gewesen. Er sei darauf zu den Sklarefs gegangen und habe von ihnen eine einmalige Zuwen- dung von 2000 Mark erhalten, die er an den Bundes- verband der Deutschnationalen Partei abgeführt hat. Er bleibt dabei, daß es bei dieser einmaligen Zuwendung geblieben ist. In seiner weiteren Vernehmung gibt der Zeuge ganz offen zu, daß er auch von anderen Firmen Zuwendungen für Parteizwecke erhalten hat.

Unter anderem auch von der Behala und zwar jedesmal für Wahlzwecke.

Er fügt hinzu, daß die Sklarefs auch anderen Parteien Geld zuge- wendet haben. So habe er einmal, als er zufällig auf dem Büro der Sklarefs war, ein Schreiben der Sozialdemokratischen Partei auf dem Schreibtisch liegen sehen, worin diese sich für eine Spende von 1000 Mark bedankte. Als er später davon erfahren hat, daß sein damaliger Parteifreund, der Reichstagsabgeordnete Bruha von der 2000-Mark-Spende an die Deutschnationalen Partei wisse, sei ihm das als Kaffierer sehr peinlich gewesen.

Darauf wurde der Bezirksbürgermeister Schneider (Berlin- Mitte) vernommen. Er bestreitet, jemals Stadtrat Neuendorff dahin beeinflusst zu haben, den Sklarefs auf deren Drängen hin die Miete für das Gebäude Kommandantenstraße zu ermöglichen. Er habe auch niemals auf den beschlagnahmten Grundstückskauf der Sklarefs in der Kommandantenstraße Einfluß genommen. Demgegenüber bleibt der anwesende Stadtrat Neuendorff bei seiner Aussage und beruft sich darauf, daß er seinerzeit Schneider gewarnt habe, mit den Sklarefs zu verkehren.

Schneider gibt zu, daß Neuendorff ihn gewarnt hat, aber das sei erst nach der Verhaftung der Sklarefs gewesen. Er bestreitet ganz entschieden, mit Neuendorff vorher in diesem Sinne gesprochen zu haben, da sein Verkehr mit Neuendorff lediglich ein dienstlich kollegialer gewesen sei, als daß dieser ihm solche freundschaftlichen Rat schläge hätte erteilen können.

Auch auf etwadringliches Verhalten des Abgeordneten Drüge- müller (Soz.), der sich auf die ganz bestimmte frühere Aussage des Zeugen Neuendorff bezieht, bleibt Schneider ganz entschieden bei seiner Behauptung.

Demgegenüber bekundet Stadtrat Neuendorff, daß er nach seiner Erklärung vor ungefähr 1 1/2 Jahren Bürgermeister Schneider in dessen Dienstzimmer vor den Sklarefs gewarnt und darauf hingewiesen habe, daß seines Wissens einer der Brüder Sklaref bereits wegen Falschspiels verurteilt sei. Darauf habe Schneider ge-

antwortet, daß die Sklarefs doch sehr gute Kaufleute seien, daß die Angelegenheit verjährt sei. Diese Antwort des Bürgermeisters sei ihm so auffallend gewesen, daß er unmittelbar darauf in das Dienstzimmer des Stadtrats Gordan gegangen sei und ihm davon Mitteilung gemacht habe.

Stadtrat Gordan hat nur in Erinnerung, daß Neuendorff mit ihm über das Gespräch mit Bürgermeister Schneider gesprochen hat, aber das müsse erst im letzten Sommer gewesen sein und sei seines Wissens nicht im Dienstzimmer, sondern während einer Autofahrt gewesen.

Zeuge Bürgermeister Schneider gibt dann eine Darstellung seines Verkehrs mit den Sklarefs. Mit den Sklarefs habe er gesell- schaftlich enger verkehrt, sich schließlich mit Leo Sklaref auch geduzt, da er die Sklarefs durchaus für honorare Kaufleute halten mußte. Er habe nie einen roten Pfennig von Sklarefs bekommen, sondern lediglich zugegeben, einige Male Kennengewinne von ihnen er- halten zu haben. Seine früheren vor dem Staatsanwaltschaftsrat Weissenberger in der ersten Bestürzung gemachten Zugeständ- nisse widerrufe er. Anträge habe er sich bei Sklaref arbeiten lassen, sie aber stets mit ungefähr 200 Mark bezahlt. Sklaref habe seiner Frau zu Weihnachten geschenkt worden. Er habe angenommen, es seien Reingewinne gewesen. Er habe sich später reuendiert und Sklaref u. a. ein Klavier geschenkt.

Auf Anträge erklärt der Vertreter des Preussischen Justiz- ministeriums, daß er keine Bedenken dagegen habe, daß der Zeuge an anderer Stelle gemachte Aussagen widerrufe. Es sei ein nobilit officium, ihm das Recht der Verteidigung zuzugestehen.

Zeuge Zangemeister gibt dann Auskunft über die Grund- stücksgeschäfte der Stadt mit den Sklarefs. Daß der Ober- bürgermeister sich mit dieser Sache beschäftigt, mag ja auffallend gewesen sein; man kann es aber verstehen, aus dem Temperament des Oberbürgermeisters, aus seinem Interesse für den ganzen Straßendurchbruch. Er hat sich weder für das eine noch für das andere Projekt besonders ins Zeug gelegt.

Sämtliche Zeugen erklären dann auf Befragen ausdrücklich, daß sie mit den Sklarefs niemals privatim, sondern stets nur amt- lich über diese Dinge verhandelt haben.

Zeuge Oberbaurat Zangemeister bestätigt auf Befragen durch Abg. Drügemüller (Soz.), daß ihm von den Sklarefs später 6000 M. gegeben wurden, die er an den Kreisverein Charlottenburg der Deutschnationalen Volkspartei weitergeleitet habe.

Hierauf wird die Weiterbehandlung auf Mittwoch vertagt.

Sakenkreuzmanöver in Sachsen.

Tritt der sächsische Arbeitsminister zurück?

Desden, 14. Januar.

In der heutigen ersten Sitzung des Sächsischen Landtags im neuen Jahre lagen ein nationalsozialistischer Miß- trauensantrag gegen Arbeitsminister Eisner (Mit-Soz.) und ein kommunistischer Mißtrauens- antrag gegen die Regierung Dr. Büniger vor. Minister- präsident Dr. Büniger erklärte, daß er auf Grund der Stimmung im interfraktionellen Ausschuß dem Arbeitsminister seinen Rücktritt nahegelegt habe. Darauf habe der Arbeitsminister Eisner seinen Rücktritt in Aussicht gestellt, das Gesuch aber noch nicht eingereicht, da er zunächst das Ergebnis der Abstimmung über den gegen ihn gerichteten Miß- trauensantrag abwarten wolle.

In namentlicher Abstimmung erhielt nun der nationalsozial- stische Mißtrauensantrag gegen den Arbeitsminister 17 Ja- und 2 Nein-Stimmen, bei 75 Stimmenthaltungen. Der Mißtrauensantrag gilt also als abgelehnt. Es bleibt dahingestellt, ob unter diesen Verhältnissen Arbeitsminister Eisner noch an das Einreichen seines Rücktrittsgesuches denkt.

Der Sächsische Landtag lehnte weiter einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung mit 47 gegen 42 Stimmen ab. Die drei Vertreter der Volkspartei hatten sich vor der Abstimmung aus dem Saal entfernt. Die vier Demokraten enthielten sich der Stimmgabe.

Im Prozeß gegen den sozialdemokratischen Parteisekretär Lisch in Graz wurde der Beweisantag der Verteidigung, daß die Heim- wehr in Sonntagsvorzügen mit Maschinengewehren geschossen hat und daß mehrere Gewehre an sie verteilt wurden, vom Gerichts- hof zugelassen.

Russenasyl in der Judenstraße

In der Parochialstraße Ecke Judenstraße hält ein Möbelwagen. Es ist keine herrschaftliche Fuhrer, die da ausgeladen wird. Nein, armer Leute Trüffel kommt zum Vorschein. Unaufhörlich quillt er aus dem Innern des Wagens und wird auf der Straße aufgeschüttet. Eintürige, eisenartige Schränke mit schiefen Türen, schlechtem Anstrich, zerstoßene und ihrer Radsitze beraubte Stühle, zerhackte Tische und Küchengeräte, in Böden gerolltes Bettzeug mit bunten Lederzügen oder abgeschabten, lumpenhaltigen Militärdeckbetten. Das ist Rot, graues Elend, das hier geschichtet wird. Abgearbeitete Menschen mit grantzerrichteten Gesichtern sind die Besitzer dieser Habfeligkeiten. Sie kommen vom Osten, seit 12 Jahren sind sie von ihrer Heimat Rußland fort. Erst waren sie in Rotwohnungen auf dem Tempelhofer Feld untergebracht, jetzt sind sie wieder auf der Suche nach einer warmen Bleibe. Für die Wohnungsfürsorge wäre es ein Leichtes — wie ein Beamter der Berliner Behörde mitteilt —, die Leute schnell in brauchbare Rotwohnungen unterzubringen, aber ein Erlass des Ministeriums des Innern bestimmt, daß die Kolonie nicht auseinandergerissen wird. 117 Deutschen sind aus den Baracken auf dem Tempelhofer Feld „ausgewiesen“. Es war schon ein sanfter Druck notwendig, sie aus den baufälligen und unhygienischen Behausungen zu entfernen; eines Druckes bedurfte es auch, die Kubikmeter in den neuen Wohnungen „einzuweisen“. In drei Häuser, Judenstraße 24, 27, 31, die ursprünglich zum Abbruch bestimmt waren, aber wegen der Finanzkalamität der Stadt noch ein Weilchen stehen bleiben, hat man die Russen jetzt einquartiert. Es ist kein großes Geschäft, was man ihnen damit macht, es ist nur ein äußerster Zwang distillierte Fürsorge. Im Haus Judenstraße 24 treffen es die dorthin gelegten Familien recht gut; hier sind die Wohnungen geräumig und freundlich. Es stehen in drei Etagen drei Fünzimmerwohnungen und eine Dreizimmerwohnung sowie einige Einzelstuben zur Verfügung. In einer abgetrennten Zweizimmerwohnung sind die Ledigen untergebracht, etwa 11 Personen. Jede freie Stelle ist mit einer Bettstatt versehen, sogar in der großen Küche sind zwei Betten aufgeschlagen. Hier herrscht auch noch die meiste Einigkeit unter den Mitgliedern. Dennoch hat in einer Ausruf der Besorgten der Kolonie mit seiner Frau Wohnung und Büro. Er bemüht sich eifrig, in dem wirren Wusthaufen etwas Ordnung zu schaffen. In den darüber liegenden Wohnungen räumen die Männer das letzte Inventar ein, und die Frauen hängen in der Küche ihr Geschirr auf, wobei die Einteilung so gedacht ist, daß jede Frau etwa ein Quadratmeter Bodenfläche für die Bewirtschaftung erhält. In diesem Wusthaufen, in dem die Kinder, unbekümmert um den Wirtswort um sie her, schon wieder spielen und singen, herrscht schnell große Befriedigung. Aber das Haus weiter in der Judenstraße 27 enthält sich als echtes Bild „Großstadtlump“, das durch das Gesetzt der Frauen noch das echte Kolort erhält. Eine Mutter mit zwei Kindern ist in Küche und Stube untergebracht, und daneben in einer Kammer eine alte Frau von 80 Jahren. Schon hatten sich die Wohnungsinhaber bis auf



Hier wohnen die Russen aus den Nansen-Baracken

den Tod. Am ersten Tag des Einzugs bereits mußte der Viehhändler der Frau, der gar nicht zu den Kolonisten zählt, mit einer schweren Kopitalie behaftet, aus der Wohnung entfernt werden. Noch graufiger ist das Elendsbild in Judenstraße 31, das wohl zu einem der ältesten Häuser Berlins zählt. Wer sich auf den aus dem Mittelalter herrührenden Treppen hinaufwindet und in die zu Löchern gefesteten Stuben und trummen Winkel verliert, wird das Bild, das sich ihm bietet, niemals wieder vergessen können.

Was wird mit dem fremden Volkstümper mitten in der Großstadt geschehen? Vorläufig sind etwa 26 Familien mit ungefähr 88 Verlegten in der Judenstraße untergebracht; einige Familien konnten in Tempelhofer unterkommen, vier Familien sind bereits in Spandau. Ueber kurz oder lang will man nämlich die Kolonie wieder zusammenführen und sie in das Spandauer Barackenlager einweisen, wo sie auf Jahre hinaus in Ruhe werden leben können.

Es ist das einzige Hilfswort, das die Regierung ihnen angedeihen lassen kann. Niemand vermag das tragische Schicksal dieser Heimatslosen durchgreifend lindern, die einzige Stelle, die dazu moralisch und rechtlich verpflichtet wäre, verfolgt die russischen Emigranten schlimmer als die Pest.

Das Programm der Bauausstellung.

Nachdem seitens der Stadt Berlin gemäß dem in der vorigen Woche gefassten Magistratsbeschluss keine Schwierigkeiten für die Bauausstellung 1931 mehr zu erwarten sind, ist jetzt das Programm endgültig zum Abschluss gebracht und in Druck gegeben worden. Die Festlegung des Termins, an dem im kommenden Jahre die für drei Monate berechnete Bauausstellung beginnen soll, soll noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

Keine KPD-Demonstration.

Verbot wegen Aufforderung zu Gewalttaten.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Die Bezirksleitung der KPD in Berlin und die ihr zugehörigen Organisationen haben ihre Anhänger zu einer Massendemonstration am Mittwoch, dem 15. Januar, um 8 Uhr, aufgerufen. Im Hinblick auf die in dem Aufruf angeforderten Gewalttaten gegen Andersdenkende ist mit Gegenkundgebungen und mit ersten Zusammenstoßen zu rechnen. Es besteht also eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit, und der Polizeipräsident hat daher für Mittwoch, den 15. Januar 1930, alle Versammlungen unter freiem Himmel, einschließlich aller Umzüge verboten.“

In dem „Generalappell aller revolutionären Arbeiter“ unterschrieben Aufrufe der „Rote Fahne“ vom gestrigen Dienstag heißt es ausdrücklich: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ Deutscher konnte die Aufforderung zu Gewalttaten nicht ausgesprochen werden und der Polizeipräsident erfüllte nur eine selbstverständliche gesetzliche Pflicht gegen die friedliebende Einwohnerschaft, wenn er die ihm in solchem Fall zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel zur Verhinderung von Gewalttaten zur Anwendung bringt.

Wenn der Abbau droht.

Die Sozialdemokratie schützt die städtischen Angestellten.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat für die am Donnerstag stattfindende Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht:

Der Magistrat wird ersucht:

1. Entlassungen von städtischen Angestellten nur unter genauer Beachtung der tariflichen Bestimmungen und ferner auch nur dann vorzunehmen, wenn nachweislich Arbeitsmangel vorliegt und an Stelle der entlassenen Angestellten nicht andere Personen zur Einstellung gelangen.

2. Wohlfahrtsverwerbslose nicht mehr in Angestelltenstellen zu beschäftigen.

Die sozialdemokratische Fraktion legt sich mit diesem Antrag praktisch für die Interessen jener städtischen Angestellten ein, denen infolge der katastrophalen finanziellen Lage der Stadt der Abbau droht. Die Kommunisten oder wissen nichts Besseres zu tun, als in den Stadtverordnetenversammlungen das Arbeiten zu erschweren und wüsten Rodau zu inszenieren.

Aufklärung gefordert.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion richtet an den Magistrat diese Anfrage:

„In der Zeitschrift „Der Metallmarkt“ vom 6. Dezember 1929 werden genaue Angaben über die Gewährung eines hypothekarisch gesicherten Darlehens in Höhe von 20.000 M. an den Reichsbahnobeningenieur Franz Marx durch ein Vorstandsmitglied der Berliner Verkehrs-Gesellschaft gemacht. Die Vergabe dieses Darlehens wird in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht zu der dienstlichen Aufsichtstätigkeit des pp. Marx gegenüber der BVG.“

Wir fragen an: Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, 1. ob die im „Metallmarkt“ gemachten Angaben zutreffen, 2. falls diese Frage unter 1 bejaht wird, wer dafür verantwortlich ist.

3. unter gleicher Voraussetzung: welche Vorkehrungen getroffen sind, um Wiederholungen dergleichen unbegreiflicher Vorkommnisse zu verhindern.“

Im „Barmärker“ ist bereits festgestellt worden (siehe die Morgenausgabe vom 11. Januar 1929), welche Rolle in dieser Affäre der deutschnationaler Stadtrat Jangemeister gespielt hat.

Aluixio Arcevedo Ein brasilianisches Mietshaus

„Ach, für Rita ist jeder Tag ein Feiertag. Sie braucht nichts weiter als einen Mann.“
„Aber sie ist doch kein schlechter Kerl. Schade, daß sie diese milden Geschichten nicht lassen kann.“
„Ja, sie hat ein gutes Herz; zu gut, sie kann nie einen Cent behalten. Als ob ihr das Geld die Finger verbrennt, bis sie es ausblut.“
„Und was fängt sie dann an? Joao Romao stundet ihr ihre Miete gewiß nicht.“
„Das stimmt; und dabei hat er so viel an ihr verdient; sie ist eine seiner besten Kunden.“
So plauderten sie weiter, riefen, seiften ein, kneteten und spülten, und bald war der freie Raum festlich geschmückt, und endlose Reihen silbriger Banner glänzten im Sonnenlicht.
Der Tag war heiß, und die Sonne brannte erbarmungslos auf die dampfenden Steine und die glühenden Mauern des Hauses und blendete die schweißgebadeten Frauen.
Oben, an einem der Fenster von Mirandas Haus, manfürten sich Dona Estella und Zulmira in luftigen, weißen Kleidern die Rögel und unterhielten sich leise, ohne auf den Lärm da unten zu achten.
Inzwischen ging es im Laden lebhaft zu. Schon kamen die Arbeiter aus den Nachbargabriken zum zweiten Frühstück. Hintern Badentisch hatten Domingos und Manoel nicht Hände genug, die Schaar von Diensthöten aus den Häusern der Umgegend zu bedienen; alle trugen gelbe Pakete mit sich fort, und ein endloser Strom von Geldstücken regnete in die Kasse.
„Ein halbe Kilo Reis.“
„Eine Flasche Essig.“
„Zwei Liter Wein.“
„Eine Handvoll Tabak, für den Rest Seife.“
Alle brüllten durcheinander, und manche beklagten sich über zu langes Wartenmüssen.
„Nach dich, Domingos, mein Essen brennt mir sonst an.“
„Beil dich doch ein bißchen mit den Kartoffeln, ich hab noch so viel zu beforgen.“

„Manoel, ich kann jetzt nicht mehr auf die Butter warten.“

Drüben im Restaurant rannte Bertoleza mit hochgeschürztem Rock, während ihr der Schweiß den dicken, kurzen Nacken entlanglief, vom Tisch zum Herd und vom Herd zum Ausguss, kochte und legte die Speisen auf die Teller, die Joao Romao selbst, wie gewöhnlich mit Zeugholen und schmutzigem Hemd bekleidet, den wartenden Kunden brachte. Da er diese Arbeiten nicht ohne Hilfe leisten konnte, war ein Kellner engagiert worden, ein bleichsüchtiger Jüngling, der die Aufträge in Empfang nahm und Bertolezas niemals wechselndes Menü herunterleierte. Es roch nach ranzigem Öl, und dieser Rauch und Qualm lagen in der Luft. „Baratz“, der einheimische Kum, wurde kostenlos gereicht, und das Zimmer war ein Babel von lauten Stimmen und klappernden Tellern. Fragen und Antworten flogen hin und her, Gespräche und Diskussionen bildeten sich, die durch heftiges Klopfen auf die Tische Nachdruck erhielten. Neuankömmlinge stürmten herein, und andere, vollgestopft mit gewöhnlichem und schwerem Brot, verließen gemächlich das Lokal.

Auf einer Bank neben der Badentür sah ein Mann in Zeughemd und Hosen und mit Pantoffeln aus ungegerbtem Leder. Er wartete schon eine volle Stunde auf die Gelegenheit, mit Joao Romao zu sprechen. Er war ein Portugiese von etwa fünfunddreißig Jahren, großgewachsen und breitschultrig, mit steifem stacheligen Schnurrbart und einem Busch struppigen, dichten Haars, das ihm unter einem billigen Filzhut in die Stirn fiel. Er hatte den Nacken eines Hektules, aber seine großen freundlichen Augen strahlten Güte und Demut aus.

„Kann ich ihn denn noch immer nicht sprechen?“ fragte er, sich dem Badentisch nähernd.

„Der Chef hat noch zu tun, warten Sie ein bißchen.“

„Aber es ist schon zehn Uhr vorbei, und ich habe noch keinen Bissen gefrühstückt.“

„Also, dann kommen Sie später wieder.“

„Das geht nicht, ich wohne am entgegengesetzten Ende der Stadt.“

Daraufhin krüllte Domingos noch hinten in die Küche (wobei er seine Sicherheitsnadeln ruhig weiterzählte): „Herr Joao, der Mann hier, der Sie sprechen will, sagt, er kann nicht länger warten.“

„Sag ihm, er soll nicht gehn, ich kommen in ein paar Minuten“, erwiderte der Wirt und trug ein Tablett ins Restaurant.

„Aber ich hab noch nicht gefrühstückt und halt's nicht mehr aus“, warf der Hektules mit tiefer, klagvoller Stimme ein.

„Schön, mein Sohn, komm herein und setz dich, wir haben genug zu essen, es braucht keiner hungrig wegzugehen.“

„Gut“, willigt der große Kerl ein und ging vom Laden ins Restaurant, wo er neugierig von Kopf bis Fuß beäugt wurde, wie es sich Reulinge immer gefallen lassen mußten.

Er setzte sich an einen Tisch, und der Kellner erschien und leitete sein Lied.

„Gedachten Fisch mit Kartoffeln und eine halbe Flasche Wein.“

„Weißten oder raten?“

„Roten, und ein bißchen schnell, weil ich am Verhungern bin.“

Eine halbe Stunde später, als der Andrang vorüber war und Joao Romao weniger zu tun hatte, ließ er sich auf einen Stuhl seinem Bass gegenüber fallen; in Wirklichkeit war er müde, aber sein Gesicht und sein Benehmen zeigten keine Spuren von Ermattung.

„Sie sind von Nachucas geschickt?“ fragte er. „Er hat mir von jemand erzählt, der Felsen messen, sprengen und behauen kann.“

„Das bin ich.“

„Sie haben vermutlich schon in einem anderen Steinbruch gearbeitet?“

„Ich habe gearbeitet, und ich arbeite noch. Ich bin beim Sao Diogo, aber es gefällt mir nicht, und ich möchte mich verändern.“

„Was bekommen Sie bezahlt?“

„Fünfzig Milreis.“

„Das ist zuviel, das ist ja lächerlich.“

„Für weniger würde ich nicht arbeiten.“

„Das höchste, was ich hier bezahlt, ist fünfzig.“

„Das triegt ein Anfänger.“

„Glauben Sie das nur ja nicht; ich bekomme eine Menge Leute für fünfzig.“

„Die werden wohl nichts taugen. Ich weite meine rechte Hand, daß Sie für fünfzig Milreis keinen Mann bekommen, der sich mit Gestein auskennt und der anständig sprengen kann, ohne daß etwas passiert.“

„Möglich, aber fünfzig Milreis ist ausgeschlossen, sonst kann ich nicht zahlen.“

(Fortsetzung folgt.)

„Lassen Sie die Hände weg...“

Weitere Zeugenvernehmungen im Tschermozenprozess

Im weiteren Verlauf des Tschermozenprozesses wurde der Inhaber des Detektivbüros Graeger als Zeuge gehört, an den sich Dr. Becker und dessen Bekannte, Frau Regierungsrat Zipse, wegen des Verkaufs der Tschermozennoten gewandt hatten.

Frau Zipse und ein anderer Herr hätten ihn, Graeger, bei einem Zusammentreffen gefragt, ob er wohl russische Tschermozennoten abgeben könne oder eine Bank wisse, wo dies geschehen könne. Graeger hat sich dann bei dem Depositenvorsteher seiner Bank erkundigt, der ihm gesagt habe: „Am Gotteswillen, lassen Sie die Hände davon weg, die Tschermozen sind sehr oft gefälscht und außerdem ist der Handel damit verboten“, so daß sich Graeger auf die Sache nicht eingelassen hat.

Der nächste Zeuge, der Kaufmann Nicolai Ginsberg, hat von dem Angeklagten Dr. Becker über 100 Tschermozen gekauft, die er für echt hielt. Er bestätigte, daß Dr. Becker ihm geraten habe, sich bei der Garantiebank für den Osten, die der Angeklagte für ein Sowjet-Institut hielt, nach der Echtheit der Noten zu erkundigen, die ihm von Becker auch für diesen Zweck überlassen wurden. Der Zeuge Ginsberg hat sich dann auch bei dem Kassierer Jabel der Garantiebank unter den Linden erkundigt, der die Echtheit der Noten bestätigt hat. Der Kassierer habe die Noten verglichen und auch noch auf die Frage, daß bei den anderen noch die Nummerierung anders und das Papier dünner sei, erklärt, daß sie echt seien. Er habe die Noten an befreundete Russen weitergegeben, die sie an Verwandte nach Sowjet-Rußland geschickt hätten, was damals nicht verboten gewesen sei. Ihm sei nicht bekannt, ob man in Sowjet-Rußland die Unechtheit feststellen habe. Seines Wissens habe aber niemand die Noten als falsch zurückbekommen. Interessant war noch die Aussage des Zeugen,

daß man jetzt nur Dollars nach Sowjet-Rußland schicken dürfe

und auch sehr vorsichtig dabei sein müsse. Sodann wurde die Aussage der Frau Regierungsrat Zipse verlesen, die vom Vorfigenden als Hauptzeugin Richter als Zeugin vernommen worden ist, da sie inzwischen wegen des Verkaufs eines Dürrer-Bildes nach Amerika gereist sei. Sie erklärt, daß sie die Noten für echt gehalten habe, und daß nach ihrer Ansicht auch der Angeklagte Becker nicht gewußt habe, daß sie falsch seien.

Durch Fragen des Vorsitzenden und auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde dann noch die Frage erörtert, ob der Angeklagte Dr. Becker überhaupt berechtigt gewesen sei, die Tschermozen, die er von dem Angeklagten Sabathieraschwill zur Bombardierung erhalten hatte, zu verkaufen, wie er es getan hat. Vorsitz.: „Sie durften doch die Tschermozen gar nicht verkaufen, sondern hatten Sie zur Bombardierung von Sabathieraschwill erhalten. Aus dem Erlös der Bombardierung sollte doch die Rote nach dem Balkan finanziert werden, da man wissen wollte, wo Bell blieb.“ — Becker: „Ich mußte doch auch meine Ausgaben für die verschiedenen Reisen bekommen, die ich in dieser Angelegenheit gemacht habe. Die späteren Gewinne aus den wirtschaftlichen Verbindungen, die wir anzuknüpfen wollten, sollten das wieder einbringen.“ — Sabathieraschwill: „Darauf ist gar nichts gesagt worden. Das Geld sollte lediglich für die geplante Reise hinter Bell und für die Organisation verwendet werden. Dr. Becker durfte die Tschermozen nicht verkaufen und das Geld zum Teil für sich verwenden, denn ich war doch meinen eigenen Rechenhaft für die Tschermozen (Schuld).“ (Heiterkeit.)

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt.

Ueberfall auf Karumidze.

Zwei Täter von der Polizei festgenommen.

Nach Schluß der gestrigen Verhandlung des Tschermozenprozesses kam es, wie wir in einem Teil der Ueberausgabe kurz mitteilen konnten, vor dem Kriminalgericht in Moskau zu einem sensationellen Zwischenfall.

Eine der Hauptangeklagten in diesem Prozeß, der Georgier Scholma Karumidze, wurde kurz nach Verlassen des Gerichtsgebäudes von mehreren zum Teil jugendlichen Personen überfallen und mit Faustschlägen tödlich angegriffen. Karumidze, auf den von vorn und hinten eingeschlagen wurde, setzte sich gleichfalls zur Wehr und hielt sich die Angreifer vom Leibe. Die vor dem Gerichtsgebäude stehenden Schuttpolizisten wurden auf die Schlägerei aufmerksam und nahmen die Verfolgung der Täter auf. Einer von ihnen, der auf eine vorbeifahrende Straßenbahn und von dieser auf einen Autobus gesprungen war, wurde von dem Wagen heruntergeholt. Er leistete seiner Festnahme den stärksten Widerstand, so daß mehrere andere Polizeibeamte, die vorüberkamen, den bedrängten Kameraden, auf den der Täter mit Leibeskraft einschlug, zur Hilfe eilen mußten. Erst als einer der Beamten sein Seitengewehr blank zog, gab der Täter seinen Widerstand auf und ließ sich zur nächsten Polizeiwache in der Baustraße abführen. Während die anderen Angreifer entkamen, gelang es der Polizei, noch einen zweiten festzunehmen. Die beiden Festgenommenen sind ein 35 Jahre alter Arbeiter Michael Klauze aus der Freienwalder Str. 22 und ein 24jähriger Arbeiter Willi Becker aus der Goldiner Str. 68, die der Abteilung I A des Polizeipräsidiums zugeführt wurden. Bei der Vernehmung erklärten beide, daß sie Kommunisten und längere Zeit arbeitslos seien. Sie wären zufällig in die Schlägerei vor dem Kriminalgericht auf der Arbeitssuche hineingeraten und als sie gehört hätten, daß es sich um den Tschermozenfälscher Karumidze handelte, seien sie in Mitleid geraten, der eine von ihnen besonders aus dem Grunde, weil er einmal einen solchen Fünzigmarkschein erhalten habe. Der Vorfall dürfte für die beiden Festgenommenen recht unangenehme Folgen haben.

Vorbereitung für die Kommunalarbeit.

Die letzte Delegiertenversammlung des Kreises Mitte der Berliner Sozialdemokratie beschäftigte sich mit den Vorbereitungen für die kommunale Arbeit. Durch die Neuwahl der Bezirksversammlung sind auch die Ehrenämter der unbefeldeten Stadträte und der Bürgerdeputierten neu zu besetzen. Wenn auch die Position der sozialdemokratischen Fraktion durch die Wahl geschwächt worden ist, hoffen wir doch, die Wahl der bisherigen unbefeldeten Vertreter im Bezirksamt und der Bürgerdeputierten in den Kommissionen zu behalten. Die Stadträte, die ihre Stellen schon in der letzten Wahlperiode verwaltet haben, die Genossen Friedländer und Schmalz, wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt. Auch als Bürgerdeputierte wurden die bisher tätigen Vertreter der Partei größtenteils wieder delegiert. — Im Hinblick auf die Wahlen wurde der vom Bezirksvorstand zum nächsten Bezirksparteitag gestellte Antrag, ihm das Recht zur Streichung von ungeeigneten Kandidaten bei künftigen Wahlen zu geben, gegen wenige Stimmen abgelehnt und gewünscht, daß nach wie vor der Bezirksparteitag dieses Recht ausüben müsse.

Stadtparlament hat zu entscheiden

Dringlichkeitsvorlage des Magistrats über den Nachtragshaushalt Sozialdemokratie behält sich Stellungnahme vor

Der Magistrat hat nunmehr der Stadtverordnetenversammlung die Dringlichkeitsvorlage über den Nachtragshaushalt des Haushaltsjahres 1929 zugehen lassen. In dieser Vorlage führt er zur Begründung des Interesses im laufenden Haushalt noch einmal ausführlich aus, wie die Gesamtsanierung des Nachtragshaushalts von rund 70 Millionen Mark entstanden ist und welche Vorschläge zur Abdeckung des Defizits gemacht werden. Das Stadtparlament wird sich also bereits in der Sitzung am kommenden Donnerstag, die sonst in der Hauptsache mit der Erledigung der Staatsrats- und Stadtratswahlen ausgefüllt werden dürfte, mit dem Etat beschäftigen müssen. Die Vorlage wird wahrscheinlich ohne besondere Debatte an den Haushaltsausschuß überwiesen werden. In der Begründung führt der Magistrat folgendes aus:

Die Haushaltsamtsrechnung des Jahres 1929 hat sich nicht günstig entwickelt. Die erste Störung des Gleichgewichts trat ein, als es infolge des Urteils des Oberverwaltungsgerichts vom 15. März 1929 nicht mehr möglich war, die Straßeneinigungs-kosten in Höhe von 95 Proz. in Form von Beiträgen von den Grundeigentümern einzuziehen. Des weiteren stellte sich aber heraus, daß das Ausgabebudget des Haushaltsplans an mehreren Stellen nicht bis zum Jahresluß reichen würde, und daß mit einer Reihe von Einnahmen nicht gerechnet werden konnte.

Die Hauptursache für die Ueberschreitung der Ausgabebeileite stellten der Mehrbedarf bei der allgemeinen Wohlfahrt dar. Durch die Erhöhung der Richtigkeits- und durch die Steigerung der Zahl der zu Unterhaltenden mußte allein beim Unterhaltungsweesen mit einem Mehrbetrage von rund 16 Millionen Mark gerechnet werden; hierzu traten 9,80 Millionen Mark an Mehr für die Gewerkschaften (Arbeitsfürsorge, Freizeitsport, Brennstofflieferung usw.). Auch die Jugendwohlfahrt trat mit 3,2 Millionen Mark Mehrbedarf auf, so daß das Gebiet der Wohlfahrt allein insgesamt 29,1 Millionen Mark Mehrausgabe erforderte. Hierzu traten 2,9 Millionen Mark Mehrausgabe bei dem Gesundheitsweesen, die hauptsächlich in der höheren Belegung der Krankenanstalten begründet waren. Außerdem mußte bei der allgemeinen Verwaltung mit einem Mehrbedarf von 0,6 Millionen Mark, bei der Schulverwaltung mit einem Mehrbedarf von 1,3 Millionen Mark und bei den Berechnungshaushalten für allgemeine Verwaltungskosten mit einem Mehrbedarf von rund 2 Millionen Mark gerechnet werden. Im Laufe des Monats Dezember ermittelten wir, daß die Ausgabebeileite nach Hinzurechnung einer Reihe kleinerer Beträge bei den übrigen Gebieten mit insgesamt 36,2 Millionen Mark ungedeckt sein würde.

Die Einnahmebeileite hatte sich gleichzeitig nicht günstig entwickelt. Es stellte sich heraus, daß auf die in den Haushaltsplan 1929 eingeleistete Kammereckgabe der Berliner Verkehrs-A.-G. im Betrage von 19.900 Millionen Mark nicht gerechnet werden konnte, und daß die Berliner städtischen Gaswerke-A.-G. hinter der veranschlagten Kammereckgabe um etwa 3,8 Millionen Mark zurückblieben würde. Bei den Steuern konnte dagegen mit einem Mehrbetrage von 3,6 Millionen Mark hauptsächlich bei der Gewerbesteuer und bei den Abgaben der Elektrizitäts- und Wasserversorgung zusammen mit einer Mehrausgabe von 0,8 Millionen Mark gerechnet werden. Unter Einbeziehung kleinerer Einnahmeveränderungen und des Mehrbetrages von 3,6 Millionen Mark bei der Straßeneinigung ergab sich trotzdem,

daß auch die Einnahme insgesamt mit rund 22,9 Millionen Mark ungenügender abschließen würde.

Zu diesem Fehlbetrage von 36,2 + 22,9 = 59,1 Millionen Mark tritt ein Mehrbedarf bei dem Anzeig der Stadt an den staatlichen Polizeikosten mit 10,68 Millionen Mark. Dieser Mehrbetrag hat sich erst in den letzten Wochen nach Festlegung der endgültigen Polizeikosten für 1928 ergeben, die auch einen Ueberschuß über die voraussichtliche Höhe der Polizeikosten für 1929 gestattete. Hiermit wächst der ungedeckte Betrag des Haushaltsjahres auf rund 70 Millionen Mark.

Um die Schaffung des Ausgleichs.

Der vollständige Ausgleich eines derzeit hohen Defizits noch im Laufe des Jahres 1929, von dem nur 2 1/2 Monate vor uns liegen, stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Wir haben zunächst die Ausgabebeileite des Haushaltsplans 1929 bei den einmaligen Ausgaben einer Prüfung unterzogen und die Streichung von einmaligen Ausgaben in Höhe von insgesamt rund 20 Millionen Mark beschlossen. Außerdem können wir zu weiteren Bedauern eine Erhöhung der Steuern nicht vermeiden. Wie haben beschlossen, den Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer mit Wirkung vom 1. April 1929 ab von 200 auf 216,66 Proz. und gleichzeitig bei der Gemeindegewerbesteuer die Betrogsteuer mit Wirkung von gleichen Tage ab von 425 auf 448,75 Proz. und bei der Lohnsummensteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1930 ab von 1000 auf 1150 Proz. zu erhöhen. Die Mehrbeträge hieraus betragen bei der Grundsteuer 7,375 Millionen Mark und bei der Gemeindegewerbesteuer 4,5 Millionen Mark (Einkommensteuer) und 1,3 Millionen Mark (Lohnsummensteuer).

Auch durch diese Maßnahmen läßt sich jedoch der Fehlbetrag von rund 70 Millionen Mark nur auf 36,72 Millionen Mark vermindern, davon 27,02 Millionen Mark auf Mehrausgaben und 9,7 Millionen Mark auf Mindereinnahmen entfallen. Wir sind daher mit den Vorstehenden der Bezirksämter an eine Durchprüfung des gesamten Haushaltsplanes gegangen, um auch bei der laufenden Verwaltung einzusparen, soweit es sich irgend rechtfertigen läßt. Dies ist um so notwendiger, als für 1930 eine wesentliche Besserung der Haushaltslage nicht zu erwarten ist. Ebenso nötig ist es die laufenden Einnahmen zu erhöhen, soweit möglich. Die Beratungen über diese Sparmaßnahmen haben wir im Magistrat noch nicht beendet; immerhin erwarten wir aus den Maßnahmen noch im Laufe dieses Rechnungsjahres bis etwa 10 Millionen Mark Ersparnisse oder Mehreinnahmen. Wir haben weiter beschlossen, die Organisation der Verwaltung auf die Möglichkeit einer Vereinfachung beschleunigt durchzuführen. Der trotzdem ungedeckte bleibende Betrag von 26 bis 27 Millionen Mark wird auf das Rechnungsjahr 1930 genommen werden müssen, da sich eine Fortsetzung, wie sonst üblich, auf den Haushaltsplan des erst nächstfolgenden Jahres 1931 bei dem Ernst der Finanzlage nicht rechtfertigen läßt.

Die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zu diesen Vorschlägen des Magistrats ist an dieser Stelle bereits gebührend gekennzeichnet worden. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung behält sich ihre endgültige Entscheidung noch vor. Sie ist jedoch nach wie vor fest entschlossen, eine neue einseitige Belastung der arbeitenden Bevölkerung unter allen Umständen zu verhindern.

Neuer Raubüberfall auf Kassenboten.

Der Täter wieder ohne Beute entkommen.

Gestern wurde kurz nach 9 Uhr auf den 62jährigen Max Faustmann, der bei der Tischlerwerkstatt in der Michaelsstr. 15 beschäftigt ist, ein Raubüberfall verübt.

Faustmann hatte heute früh den Auftrag erhalten, von der Stadtbank 5000 R. abzuheben. Das Geld trug er in einer Aktentasche. Als der Kassenbote zurückkehrte und die Treppe bestiegen hatte, die zur Krankenkasse hinaufführt, vertrat ihn ein jüngerer etwa 24jähriger Mensch den Bog und schlug mit einem Gummischlauch auf den belagerten Mann ein. Dieser brach unter der Wucht der Hiebe zusammen, hielt aber die Tasche mit dem Geld transporthalt umklammert und konnte noch laut um Hilfe rufen. Als eine Frau, die aus der Kasse kam, hinzueilte, ließ der Täter von seinem Opfer ab und flüchtete. Man nahm sofort seine Verfolgung auf, doch gelang es nicht, den Täter, der plötzlich den Augen seiner Verfolger entschwunden war, festzunehmen.

Die Verletzungen des Ueberfallenen haben sich glücklicherweise als nicht gefährlich herausgestellt.

Funkwinkel.

„Aus Opern“ ist das Schallplattenkonzert am Nachmittag bestellt. Ein paar der bekanntesten Uria sind zusammengestellt worden. Die Wiedergabe ist ungleichmäßig. Diese Konzerte, die keineswegs akademisch wie eine Vorführung in einem musikhistorischen Seminar ausfallen sollen, könnten aber dank der Beilichkeit, mit der ihre Ausgestaltung möglich ist, qualitativ das Beste oder wenigstens Höchste bringen. Von diesem Bemühen merkt man leider wenig. — Professor Dr. Emil Witt von der Unterstadt Halle behandelt das Thema „Kunstige oder Niedergang unserer Kultur“. Witt, der sich bei früheren Vorträgen im Berliner Sender um eine einfache, klare und strenglogische Formulierung bemühte, verliert sich hier ins Breite. Er bietet dem Hörer an Stelle von Tatsachen Sätze, die mit Phrasen durchsetzt sind. Das Thema ist auf drei Vorträge disponiert. Witt hätte bei mehr Konzentration den ersten Teil in zehn Minuten abhandeln können. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß das beste Ergebnis für einen Rundfunkvortrag eine knappe und prägnante Sprache bleibt. — Am Abend wird ein Querschnitt durch Walter Rathenows Werke geleist. Ursprünglich sollten mehrere Sprecher auftreten. Schließlich spricht der Dichter allein. Es ist eine wenig pointierte, neistreich sprühende Wanderer über sich selbst. Wehring affiziert sich, macht über sich und über sein Dichten Witze, aber der Refrain, ironisch verdrämt, ist immer: Ich bin ein Dichter, auch wenn literarische Bewerter mehrere Chançons nicht werben. Und Wehring behält recht. F. Sch.

Das Verfahren gegen Böß.

Vor dem Abschluß der disziplinarischen Untersuchung.

Gegen Oberbürgermeister Böß läuft bekanntlich ein Disziplinarverfahren, dessen Durchführung sich erheblich verzögert hatte. Das lag zum großen Teil daran, daß der Sachbearbeiter, Oberbürgermeister Tapolitz, in diesem ebenso wie in allen anderen ihm übertragenen Fällen eine Anzahl von Anzeigen nachprüfen mußte, die ihm zugegangen waren und die nur zum Teil mit dem eigentlichen Untersuchungsstoff zu tun hatten. Im Falle des Oberbürgermeisters Böß, wie auch der übrigen Beamten, gegen die ein Verfahren eingeleitet worden ist, konnte die Untersuchung so weit gefördert werden, daß die Verfahren jetzt unmittelbar vor dem Abschluß stehen. In der am Mittwoch stattfindenden Sitzung des Landtagsuntersuchungsausschusses wird Oberbürgermeister Tapolitz hierüber noch Einzelheiten mitteilen.

Die BS.-Korrespondenz weiß noch folgendes mitzuteilen: Die Einleitung des Verfahrens gegen Oberbürgermeister Böß, von der ein Berliner Abendblatt sprach, kommt nicht in Frage. Richtig sei zwar, daß im Rathaus interfraktionelle Verhandlungen stattgefunden hätten, mit dem Ziel, ein gütliches Uebereinkommen mit dem Oberbürgermeister zu treffen. Böß selbst habe mehrmals erklärt, daß er bereit sei, aus dem Amt zu scheiden, wenn ihm seine zustehende Pension in vollem Umfange gewährt würde. Aus diesem Grunde hätte jedoch ein Abkommen mit Oberbürgermeister Böß nicht getätigt werden können.

Ein Skaref-Prozeß aufgehoben.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte stand jetzt ein Beleidigungsprozeß zur Verhandlung an, in dem die Beziehungen des aus der Sozialdemokratie ausgeschlossenen Bürgermeisters Schneider zu den Skarefs erörtert werden sollten. Schneider hatte gegen den Redakteur Galmann von der „Welt am Abend“ Beleidigungsklage erhoben. Dieser Termin stand heute an. Der Verteidiger hatte Anträge zum Wahrheitsbeweis gestellt und u. a. die Endung von Emil Skaref und Staatsanwaltschaftsrat Weissenberger beantragt. Auf diese Anträge hin wurde vom Amtsgericht der Termin aufgehoben, und zwar mit der Begründung, daß das Straf- und Disziplinarverfahren gegen Schneider erst abgemacht werden müßte. Gegen diesen Beschluß hat Rechtsanwalt Dr. Frey Beschwerde eingeleitet.

Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen. Am Rahmen eines Sonderabends der Deutschen Liga für Menschenrechte am Donnerstag, dem 16. Januar, 10 Uhr, im Reichswirtschaftscafé, Behrenstraße 15, Vorträge von Dr. Wladimir, Dr. Max Dobson, Rudolf Eiden, die Reichsanwaltschaftsleiterin Adele Schneider, sowie Schmitt, Prof. Julius Wolf und Dr. Robert Kucharski zu diesem Thema sprechen. Gänge gegen Zahlung des Unkostenbeitrages herzlich willkommen.

Erich K. Schmidt: Die Blutsbrüder

Schluß]

Nicht der Tod, Wallenstein trennt diesen Bund. Wallenstein, der schon zu seinen Lebzeiten so viel Verhängnis schuf.

Eines Tages beschließt Franz, die Trilogie in seinem Garten aufzuführen, an einem Abend, also gefürzt, stark gefürzt.

Schon wird das Terrain sondiert, der Direktor-Vater gibt seine Einwilligung, die Laube am Ende des tiefsten Gartens eignet sich vorzüglich zu einer Bühne. Auch hinter Peters Hause zieht sich ein weites Gelände hin, doch es ist verwahrlost, ein hoher Zaun schließt es, wie Franzens Garten, am Ende ein, und es böte wenig Reize, hätte Peter im Winkel dieses Jaunes nicht eine verschlossenen Regentonne zu einem Indianerzelt gerundet, wo er, lesend und spielend, viele Stunden seiner freien Zeit verbringt. Ein Zwischengrundstück trennt die beiden Freunde, aber wenn sie oben auf dem Zaunrand sitzen, können sie einander sehen, winken, mit gewaltiger Stimme wohl auch ein paar Worte zusprechen.

Die Parteilung der Rollen schafft den Konflikt. Obwohl der Schillerische Personenreichtum von Tag zu Tag einschrumpft —, Wallenstein selbst und Rag Piccolomini lassen sich nicht zwingen. Franz bestimmt diktatorisch:

„Du nimmst den Wallenstein, den Piccolomini ich.“

So nachgiebig Peter sonst ist, der Wallenstein scheint ihm zu all, vor allem aber die Rolle zu groß, und da Franz wie er die Mühe des Studiums schenkt, ergibt sich der Bruch unausweichlich. Verlassen ist die heimliche Waldzene, der Kulturtrunk, das ewige Bündnis. Franz sagt:

„Du spielst den Wallenstein also nicht? Dein letztes Wort?“

Peter schüttelt den Kopf.

„Gut, dann übernimmt ihn der Knochmann!“

Sie gehen auseinander wie Fremde.

Sie marschieren des Morgens getrennt in die Schule, Franz vermehrt den wohlvertrauten Pfiff, aber er ist von seinen künstlerischen Pflichten zu stark erfüllt, um sehr darunter zu leiden. Peter, als den Sanfteren, schmerzt der Eigensinn des Freundes viel mehr, aber sein Stolz verhindert, daß er sich beugt.

Des Mittags, vor dem Schultor, erwartet keiner den anderen, und Peter hört des dicken Knochmanns Stimme:

„Seid ihr böse miteinander? Also mit meinem Wallenstein bin ich bald fertig!“

„Wie leicht findet auch Blutsfreundschaft einen Ersatz“, grüßelt Peter mit einem Anflug von Bitternis, „aber daß er gerade an dem dicken Knochmann Gefallen findet?“

So rückt der Nachmittag des schulfreien Sonnabends heran, und mit ihm die Aufzählung „Wallenstein“, verdeckt dehnt sich das Feld hinter Peters Hause, mäßig scheint ihm die Luft in seinem Indianerzelt, die Augen irren über „Binnenort“ edles Geschid, ohne daß er Sinn und Inhalt des Ganzen erfährt.

Stimmen von fern, erregte Knabenstimmen, Peter erklettert den Zaun, um gleichgültig über die Kartoffelfelder zu schauen, die sich dahinter bis zu verschwimmenden Berghöhen dehnen, ein Vogelgeschwärm taucht auf und ab, Gezwitscher aus hundert Röhren, und schwingt sich zu rauschendem Flug erneut in die Lüfte.

Peter wischt mit dem Taschentuch über sein geschwammtes Antlitz, der Schmerz tut ihm wohl, er verdrängt das andere Schmerzgefühl in seiner Brust. Die Augen, starr geradeaus gerichtet, rebellieren im Kopfe, sie brechen sich linkswärts sie wollen von fern einen Schimmer des Festes erhaschen. Eine Fahne zispelt über des Freundes Laubendach, Knäulen streben empor, weiße Leinwand ist zwischen Zaun und Laube gespannt, und unter den Bäumen leuchtet es dunkel: Girlanden und Lampons hängen schon an treuzweis gespannten Schnüren. Ein grünlücher Schein flattert bläulich durch das Tageslicht: man probt Ragnesiumkerzen. Und nun Franzens Kommandostimme:

„Hierher die Stühle. In zwanzig Reihen vor die Bühne! Rein, hinter der Leinwand habt ihr nichts zu suchen, das ist Theklas Garderobe!“

Thekla aber heißt im Alltag Marion, hat blaue Augen mit unendlichen Wimpern, die Tochter eines Berggrafs, der Schwarm aller von dreizehn bis sechzehn, die einen werden straffer, wenn sie Marion sehen, die anderen fühlen ihre Anie nicht mehr. In diesem Augenblick vermußt Peter seinen Widerstand, er würde auf alle Rollen verzichten, man könnte ihm den Souffleur anbieten, ja, er denkt daran, demütig vor Franzens Tor zu gehen, Einlaß zu erbitten, um Marion nahe zu sein. Aber wenn er sich vorstellt, daß der hochmütige Diener auf sein Klingeln erscheint, daß er den langen Gartengang durchwandern muß, wo alle ihm fragend entgegen sehen, daß Franz die hellen Augenbrauen wölben und sagen könnte:

„Rein, danke, wir sind mit Gästen ebenso wie mit Statisten reichlich versehen.“

Peter haßt die Häufte. „Vieher auf der Stelle tot hinfallen“, sagt er laut und rückt vom Zaun herunter. Er holt Pfel und Bogen aus dem Zell hervor und beginnt zu schießen, aber er zielt nicht auf die gemalte Scheibe an der Zaunwand, er durchlöchert sein geliebtes Zell, obwohl er nie ein anderes besitzen wird, es wird ihn nicht mehr vor Wind und Regen schützen wie bisher, doch es treibt ihn, irgend etwas, das ihm wertvoll ist, zu zerstören. Wenn er die Pfeile aus der getrockneten Leinwand zieht, muß er lachen, als wäre es komisch, daß nun das Tageslicht durch viele Löcher dringt, schon hängen Fäden herab, so groß, daß er die Häufte hineinstoßen kann, aber seine beständigen Gefühle machen ihn die Umwelt ungesunden, er hört keine Stimmen mehr auf den Nachbargrundstücken in weiter Runde, sein innerer Tumult übertrifft den Lärm einer Welt. Er wird heiß und rot, die Ohren glühen, schwirrend gleiten die Pfeile von der Bogensehne, er rennt zum Zell und reißt sie heraus, er spürt Aufschmelzung und Befähigung zugleich, wenn die spröde, graue Leinwand an immer neuen Stellen bricht.

Es dämmert, die Wolken färben sich rot, ein dunter Schimmer von Lampons scheint die Welt zu erhellen. Peter hört, wie man vom fernem Hause her den Namen ruft, es ist der Stiefmutter Stimme, die zum Abendrot mahnt, doch Peter mag an diesem Tage nichts mehr essen, die Achse scheint ihm verrenkt, er würde an jedem Bissen würgen. Er mag keine Augen mehr sehen, er wird in tiefer Dunkelheit erst heimkehren, Schelte und Prügel wortlos in Empfang nehmen und Trost in den Kissen suchen.

Kam wird es schon finstern Sterne erglimmen und Ratten schleichend über das Feld, hinter dem Zaun beginnt es in den Kartoffelfeldern zu misern. Es hat keinen Zweck, noch weiter Pfeile in die Leinwand zu schießen, man kann kaum noch sehen, wie gut sie treffen, man findet sie nicht mehr, wenn sie schießen.

Peter legt sich unter die zurückgeschlagene Tür des verschlossenen Zalles, er sieht die Sterne in des Höchsten glimmen, Eine Kugel

schrillt durch die Nacht, die Vorstellung beginnt; Peters Phantasie zeigt ihm die Darsteller, wie sie erregt aus der Garderobe eilen, Windlichter werfen einen flackernden Schein über die zehn Stuhlreihen, wo seine Kameraden, ihre Väter und Mütter sitzen, der Direktor reißt überlegen sein statroisiertes Kinn, und Franzens zarte Mutter sieht gespannt dem Erscheinen Rag Piccolominis entgegen.

Peter könnte über den Zaun klettern, hinter die Laube schleichen und durch die Rippen spähen, vielleicht sähe er sogar nach Thekla in ihrer Leinwandgarderobe, wie sie sich umzieht oder die Berücke aufsetzt. Aber er fühlt sich zu allem zu schwach, der Ausbruch seiner Zerstörungslust hat ihn apathisch gemacht, er will hier ruhig sitzen, bis die Vorstellung zu Ende ist, die Lichter verlöschen, die Stimmen verhallen.

Peter fühlte sich früh einsam in der Welt, er hatte die Eltern verloren, ehe er bewußt ward, doch an diesem Abend entsank ihm zum ersten Male ein fester Besitz, Franzens Freundschaft, er gesteht

Erich Herrmann: Der Brief an den Kaiser

Wir veröffentlichen hier einen Abdruck aus dem in Rom im „Sagestella“ erschienenen Roman „Barbar — Betrug“ von Erich Herrmann.

Der Alte hielt inne und sah bei gebeugtem Kopfe von unten her auf Andreas. Doch der hatte nicht mehr hingehört.

„Dann gib schon her!“ lautete Andreas entschlossen, „wenn es nicht nützt, schaden kann es nicht.“

Jochu Gonschoreck atmete auf, brachte aus der Allermelstasche seines Pelzes die Tintenflasche, einen Federhalter und ein paar Federn zum Vorschein. Dann rückte er den weißgefeuertem Schemel, den er mit nach der Wiefe gebracht hatte, heran, rollte den gelben Bogen aus dem Packpapier und bettete: „Nun fang aber bald an und gib dir rechte Mühe. Mach' keinen Kleck und keinen Fettsack, sonst kriegen wir den Brief wieder zurück.“

Andreas setzte sich an den Schemel und machte sich fertig.

„Und?“ fragte er.

„Sprich' lieber erst einmal die Feder aus, Andreas, ich bitt' dich! So ein Tintenkleck läuft ganz unversehens aus der spitzigen Feder. Man weiß nie, woher er kommt. Auf einmal ist er da. Fang auch lieber mit dem Kuvert an.“

„Wie?“

„Schreib: An den mächtigen Kaiser von Deutschland...“

Rein... Zum Grafen muß man auch gnädiger Herr sagen... Schreib lieber: An den gnädigen Herrn Kaiser von Deutschland...“

„Man muß doch den Namen wenigstens dazu schreiben.“

Jochu Gonschoreck fragte sich auf dem Kopf und stotterte kläglich: „Ach hab' es immer gewußt, wir bringen den Brief nicht zusammen. Wie soll man den Namen wissen?“

„Wohin der Zweite. Das mußt du doch wissen!“

„Weißt du das bestimmt, Andreas?“

„Lehrer Ernst Seeliger hat es doch gesagt.“

„Wenn wir an den falschen Kaiser schreiben, wird der ungemütlich und schreibt uns, daß ihn Borowo gar nichts angeht, wenn er uns nicht sogar eins mit der Peitsche über den Buckel dreht, wie es in der vergangenen Woche der Graf mit dem Arbeiter Valentin gemacht hat.“

„Es ist schon richtig. Wilhelm der Zweite!“

„Schreib' lieber: An den sehr gnädigen Herrn Kaiser Wilhelm den Zweiten von Deutschland in Berlin. Mach' die Zwei recht groß, daß keine Verwechslung vorkommt... Um Gotteswillen!... Du machst ja bloß zwei dicke Striche. Die Zwei hat doch einen Ringel und einen Schwanz.“

„Das wird so geschrieben.“

Jochu nahm erschrocken die Budelmütze von dem struppigen Haar und fragte sich lange. Dann stöhnte er: „Wenn das bloß gut geht!“

„Weiter!“

„Nicht so schnell! Schwierige Sachen müssen lange überlegt werden. Einen Brief an den Kaiser kann man nicht so rasch aus dem Kermel schütteln.“

„Du hast doch viele Jahre darüber nachgedacht.“

Der Alte machte ein ganz lächliches Gesicht.

„Ach hab' mir das nicht so schwer gedacht“, gestand er ein. „Sieh, Andreas, ein Haus wird auch nicht auf einmal neu eingedeckt. Man sitzt jedes Jahr ein Stück. Wollen wir nicht heute aufhören und morgen ein paar Sätze weiter schreiben? Man soll eine Sache weder übertreiben noch überstürzen.“

„Jetzt bin ich am Schreiben und bring' den Brief zu Ende. Du hast immer gesagt, es sei die höchste Zeit, um Borowo zu helfen. Also...?“

„Wenn's sein muß... Schreib: Lieber mutiger und gerechter Kaiser!... Bist du so weit?... Nun weiter: Zwei arme Borowoer, ein alter und ein junger... Mach' bloß keinen Kleck!... Ich steh' eine richtige Angst aus, Andreas! Die Feder ist zu spitz!... Mach' auch ein Komma und einen Punkt hinein. Lieber einen zwiefel als einen zu wenig. Er denkt sonst, wir gehören schon zu den Volkaden, und dabei wohnen wir bloß an der Grenze...“

„... ein alter und ein junger... Weiter!“

„Spigen auf der Wiefe beim Gänsehüten und wissen sich keinen Rat mehr über Borowo... Schreib Borowo ganz groß und mach einen Strich darunter! Borowo ist das Allerwichtigste...“

„Und?“

„Denn es werden immer mehr Menschen und immer weniger Land... Du, Andreas, wir müssen erst einmal zählen, wieviel Menschen in Borowo sind. Es ist besser, wir machen alles genau. Wir können ja die noch mitrechnen, die bis Michael geboren werden... Wart mal!“

Jochu rechnete an den Fingern. In Gedanken ging er die Dorfstraße entlang und zählte die Anwesenden und die Sachseingänger jedes Hauses aufzusammen. Endlich kam er zu Rande.

„Es sind einhundertachtundfünfzig Kanak du so große Zahlen richtig schreiben?“

„Ja!“

„Dann schreib: In ganz jämmerlichen Hundehütten wohnen im Winter einhundertachtundfünfzig Menschen aufeinander, weil der gnädige Herr Graf unser Land frist... Es ist besser, wir schreiben

sich nun ein, daß er von Tag zu Tag gewartet hatte, Franz werde ihn rufen, er selbst konnte sich nicht aufdrängen, weil er der Empfangende, nicht der Gebende war. Er erkennt, daß die Menschen hart sind, wenn man ihnen widerspricht, was sind alle Bündnisse, feierliche Zeremonien wert, welche Freiheit, Blutsfreundschaft zu schließen, ein paar rote Tropfen aus einem Becher zu schlucken, nach einigen Tagen ist alles vergessen.

Da — nun erkönt des dicken Knochmanns künstlicher Paß durch die Stille. Man findet im Augenblick einen Ersatz, morgen vielleicht werden er und Franz an der Quelle den Becher feierlich toetzen.

Gedanken, die sprunghaft und unklar Peters Hirn durchziehen. Er schlingt die Hände um sein verschorftes Knie, ihm wird kühl, doch er vermag sich nicht zu erheben. Aus den fernem Fenstern sieht er friedliche Lichter bis in die dunkle Stille schimmern, die ihn umgibt.

Mit grünen Leuchttaugen schleicht in der Nähe eine Katze vorbei, Peter lockt sie leise, er möchte ihr Fell streicheln, um etwas Lebendiges zu fühlen, doch das Tier sticht, als es den einsamen Knaben bemerkt.

Es beginnt die Nacht, die Sterne drehen sich in silbernen Boden, ein kühler Wind überstreift das Gelände, das dunkle Zell und Peter, der auf den beschließenden Beifall im Nachbargarten wartet.

„gnädiger Herr Graf“, denn wenn der Kaiser etwa dem Grafen den Brief zeigt... Wir wollen auch nicht schreiben, daß er unser Land gestohlen hat. Wir sagen lieber, daß er unser Land frist. Der Kaiser wird sich das Richtige schon denken können.“

„Soll das alles Einleitung sein?“

„Was?“

„Lehrer Seeliger sagt immer in der Schule, wir sollen die Einleitung nicht zu lang machen, sondern rasch zur Sache kommen.“

„Ist dir das Schreiben schon zuviel?“

„Rein!“

„Dann wisch lieber einmal die Feder an meinem Kermel ab. Es muß schon allenthalben dran sein... Wenn nur kein Kleck bis zum Schluß auf das schöne Papier kommt!... Schreib: Er frist das Land, was die Borowoer Bauern einmal gehabt haben und das sie im Schweiß ihres Angesichts umgepflügt und befestigt haben und auf dem jetzt wieder Wald wächst, weil der gnädige Herr Graf Wildschweine und Hirsche und Rehe zur Jagd braucht und... und... und...“

„Nicht so schnell, Jochu!“

„Ich bin jetzt gerade im Zuge!... Du!... Von den Hasen und Kanakeln schreiben wir nichts. Die kann der Graf sich ruhig halten, denn die fangen wir schon weg. Wo sollen wir sonst unseren Sonntagbraten herbekommen?... Bist du soweit?“

„Ja!“

„Und die fressen uns die ganze Saat und die Kartoffeln auf und wir kriegen nichts dafür. Und die osten Kinder müssen in die Fremde gehen, wo sie bloß schlecht werden und hochmütig, weil sie silberne Uhren auf zwölf Rubinen in der Westentasche tragen, und manche kommen nicht mehr wieder; denn was sollen sie in Borowo, wo es kein Land mehr gibt und der gnädige Herr Graf alle Jahre eine Wirtschaft nach der anderen aufkauft und den Bauern weg-untumt.“

„Sag weiter!“

„Ich muß mir den Pelz ausziehen, so schweiß ich“, gestand Jochu, der sonst in der größten Sommerhitze auf der Wiefe im Pelze saß. „Ich hätte nicht geglaubt, daß ein Brief an einen Kaiser so schwer ist. Schwitzt du noch nicht?... Wenn der Graf mühte, was wir über ihn schreiben!... Hehehehe!... Aber wir dürfen uns nicht fürchten. Wir müssen alles dem Kaiser sagen!... Lauch bloß nicht zu tief in die Tinte, Andreas. So eine Tinte ist gefährlicher als der dickste Sumpf. Bist du erst mit einem Beine drin, dann kommst du nicht mehr heraus.“

„Sag weiter!“

„Sie müßten dem gnädigen Herrn Grafen das Land wieder abnehmen und den Bauern geben, und zwar recht bald, sonst ist der letzte Borowoer hier weggezogen und dann ist alles zu spät. Gerechtigkeit muß sein. Wenn Sie es nicht glauben, dann kommen Sie einmal zu Besuch... Du bist schon auf der neuen Seite?... Andreas, das wird eine feine Sache. Da wird der Kaiser Augen machen. Zwei Seiten!...“

„Run kann's weitergehen!“

„Wenn Sie uns besuchen kommen, werden wir Ihnen alles zeigen, wo früher das Bauernland war und wo jetzt der Wald steht und wie uns die Bäume auf den Hals kommen. Sie können mit der Bahn fahren, wenn es auch einen großen Kleck Geld kostet... Dann muß man zu Fuß laufen, aber Sie werden so lieber reiten... Kommen Sie am besten im Winter, dann sind die Sachseingänger da. Die haben den Mund auf der rechten Stelle und die können was erzählen... Bist du soweit?“

„Bleich!“

„Ich glaube, jetzt ist es genug. Ob ich noch von mir schreibe, damit ich auch eine Wirtschaft frage, wenn er kommt?“

Andreas, das wird eine feine Sache werden. Pah auf, der Kaiser ist im Winter da. Ein Kaiser kann keine Ungerechtigkeit leben. Wenn er dann sagt: Jochu Gonschoreck, wo willst du dein Haus: bindauen und wieviel Morgen Land brauchst du noch?... Und ich sage dann: Lieber, guter, gerechter und gnädiger Kaiser, ich brauche bloß fünf Morgen und ein Häuflein mit einer Stube und einer Kammer, und er sagt, das sollst du haben... dann... dann... Andreas... dannm...“

Er hielt inne. Seine Stimme erkundete ein unterdrücktes Schließen. Krampfhaft versuchte er, durch Schlucken und Würgen der Erregung Herr zu werden. Es ging schwer genug. Inleht fuhr er mit dem rauhen Handrücken über die nassen Augen.

„Andreas, es ist doch schon, Kaiser zu sein. Er kann helfen, wenn die Ungerechtigkeiten in der Welt ist und die armen Leute niemand haben, der ihnen hilft...“

„Was soll ich denn zum Schluß schreiben?“

„Dieß demütige Grüße und auf Wiedersehen... Hast du?... Schreib!... Und zulezt noch: Jochu Gonschoreck aus Borowo!“

Das spanische Volk ist entstanen aus Jaetern und Kelten, Phöniziern, Griechen, Römern, Belgoten, Bombolen, Suenen; aus Afrika kamen die Maurer.

Betrügerische Kurstreiberieien.

Der Prozeß gegen Kommerzienrat Karl Lindemann und seine Brüder.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Lehner begann der auf mehrere Wochen verteilte Prozeß gegen den Kommerzienrat Karl Lindemann, seine Brüder Gustav und Otto und die Kaufleute Heinrich Wih und Willi Frost. Es handelt sich bei diesem großen Betrugsprozeß um die aufsehenerregenden Kurstreiberieien bei der Brandenburgerischen Holzindustrie A.-G. Karl Lindemann wird Kurstreiberieien in Latein mit Betrug zur Last gelegt, den übrigen Angeklagten Beihilfe, außerdem sollen auch noch der Anklage Bilanzfälschungen vorgekommen sein.

Die Brüder Lindemann haben die Öffentlichkeit wiederholt beschuldigt. Sie waren im Oktober der 1928 in Konkurs geratenen Bankfirma Metz u. Co. in der Behrenstraße, Karl Lindemann hat bereits einmal einen ähnlichen Betrugsprozeß gehabt, bei dem es sich um die Kurstreiberieien mit den Lindemann-Automobil-Aktien handelte, und er ist dann auch vom Gericht wegen Betruges verurteilt worden. In Erinnerung dürfte noch die große Spritschmuggelaffäre mit der Spritschmuggelgesellschaft „Auge“ sein, die durch das Bonthaus Metz u. Co., also durch Karl Lindemann und seine Brüder, finanziert wurde. Dieses Strafverfahren schwebt noch, da lange Verhandlungen über die Höhe der hinterzogenen Spritsummen seitens der Finanzbehörden erst zum Abschluß gebracht werden müssen, ehe der Strafprozeß zu Ende geführt werden kann. Bei dem jetzigen Prozeß handelt es sich um die Aktien der Brandenburgerischen Holzindustrie A.-G., deren Hauptaktionär Karl Lindemann war. Er und seine Brüder übernahmen ursprünglich den Aufsichtsrat, infolge der Ausbreitung der Spritschmuggelaffäre hielten sie es aber für ratsam, auszuscheiden, und es wurden nun Personen in den Aufsichtsrat gewählt, die Karl Lindemann sich selbst ausgesucht hatte. An die Spitze des Aufsichtsrats stellte er den Rechtsanwalt und Notar Dr. Freiherr v. Lüdinghausen, genannt Wolff, stellvertretender Vorsitzender wurde der Angeklagte Frost, der gleichzeitig Vorstand der Geschäftsfinanzierungs-A.G. war, die bei den späteren Börsenmanövern eine wesentliche Rolle spielte. Zum Vorstand der Brandenburgerischen Holzindustrie A.-G. wurde Wih gewählt; dieser hatte bereits mit Gustav Lindemann in Dortmund ein Eisenwarengeschäft betrieben, das aber in Konkurs geraten war. Die Gesellschaft hatte noch Veräußerung ihres Fabrikgrundes, das in den Bilanzen über 90 Proz. der Aktiva ausmachte, die hauptsächlichsten Vermögenswerte verloren. Für die Aktien der B.H. bestand an der Börse kein Interesse. Karl Lindemann ließ aber durch seinen Bruder Gustav, der wiederum eine Reihe von Mittelspersonen in Bewegung setzte,

spielte auch der Erwerb der Brauablangemerschäft Gülliger Bräuen, die vollkommen wertlos sein sollten, eine gewisse Rolle. Dort: Es wird behauptet, daß die Mitglieder des Aufsichtsrats Puppen waren, die sie beliebig gehoben haben? Lindemann: Sie haben ihr Amt angenommen und den Posten vertreten. Dort: Ein Aufsichtsrat hat erklärt, daß er seine Wahl erst aus der Zeitung erfahren habe. Es soll ihm auch gesagt worden sein: „Sie brauchen sich um nichts zu kümmern.“ Angeklagter Lindemann: Sie nahmen doch an den Sitzungen teil. Dort: Damit, daß die Herren gewählt waren und an den Sitzungen teilnahmen, ist doch noch nichts getan. Waren sie auch in die Geschäfte eingeweiht? Angekl.: Sicherlich. Dort: (zum Angeklagten Wih): Waren Sie ein wirklicher Beiter und über die Geschäfte unterrichtet? Wih: Es ist wohl auch mit mir mal über die Verhandlungen gesprochen worden. Karl Lindemann war ja der Hauptaktionär und wußte alles besser. Dort: Sie haben früher gesagt, daß Sie, obwohl Sie Vorstand waren, in die Geschäfte nicht eingeweiht wurden und nur unvollkommene Vorstellungen davon hatten. Der Angeklagte Frost aber Leiter einer Geschäftsfinanzierungsgesellschaft, bezieht sich aber als gelernter Holzhändler. Mit ihm war Karl Lindemann im Februar 1928 in Verbindung getreten. Seine Finanzierungsgesellschaft wurde auch bei den Aktienkäufen als Deckmantel verwendet.

Der Angeklagte Karl Lindemann behauptete trotz eindringlicher Vorhalte, daß er kein Geld besitze. Dort: Haben Sie nicht Vermögen hinter sich? Angekl.: Nein, mir ist nichts übrig geblieben. Ich hatte aber alles, was ich hatte, in die Sache hineingesteckt. Amtsgerichtsrat Lehner: In der Gläubigerversammlung der B.H. haben Sie sich aber doch erhoben,

eine Million Mark bar zu zahlen.

Wenn man sich mit Ihnen einigen würde? Angekl.: Ja, aber in Aktien der Holzindustrie-A.G. Dort: Wenn Sie mit einem so lächerlichen Angebot gekommen wären, hätte man Sie doch hinausgemorfen. Sie wissen doch, daß die Staatsanwaltschaft sich den Kopf zerbrochen hat, wo das Geld geblieben ist. Der Nachweis ist bisher nicht erbracht worden, wohl aber steht es fest, daß viel Geld verloren worden ist. Angekl.: Ich bestreite, daß ich eine Million in bar angeboten habe. Dort: Der Mitinhaber der Bankfirma Hermann Richter, die auch geschädigt worden ist, hat nachträglich beim Gericht Anzeige erstattet, daß Sie in der Gläubigerversammlung eine Million Mark in bar zum Vergleich angeboten haben. Wie wollen Sie die Kursteigerungen innerlich rechtfertigen? Die Gesellschaft waren Sie doch selbst und Sie hatten genau Kenntnis von den Verhältnissen, so daß Sie wußten, daß diese enorme Kursteigerung ganz unberechtigt war. Angekl.: Die Papiere waren gar nicht wertlos, denn die Finanzierungsgesellschaft wußte doch 700 000 RM geben. Dort: Das war ja auch nur ein Mandat. Halten Sie denn also den Kurs von 235 für gerechtfertigt? Angekl.: Das kann ich jetzt nicht sagen. Der Angeklagte Gustav Lindemann bestritt, daß er auf Anweisung seiner Brüder gekauft habe. Er hat in Dortmund gehört, daß diese die gesamten Aktien aufkaufen wollten. Deshalb habe er auch etwas verdienen wollen und Geschäftsleute und Bekannte veranlaßt, zu kaufen. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

umfangreiche Aktienkäufe und -verkäufe vornehmen, um auf diese Weise die Kurse in die Höhe zu treiben.

Mit Hilfe dieser Börsenmanöver soll Karl Lindemann über eine Million Mark verdient haben. Ueber den Verbleib des Geldes hat sich bisher keine Klärung finden lassen. Die Anklage vermutet, daß Karl Lindemann die Gelder ins Ausland verschoben hat. Ende Oktober stürzte der Kurs der Aktien plötzlich in wenigen Stunden von 200 auf 1/4 Proz. Bei diesen Börsenmanövern

Gruppe Pommerscher Berg: Heute, Mittwoch, 10 Uhr, im Jugendheim...
Geburtstage, Jubiläen usw.
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin
Ankündigungen für diese Rubrik nur an den Jugendsekretariat...

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.
Volkshochschule...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.
Volkshochschule...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.
Volkshochschule...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.
Volkshochschule...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.
Volkshochschule...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.
Volkshochschule...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.
Volkshochschule...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr.
Volkshochschule...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Allgemeine Wetterlage.



Mit der Sturmdepression, die am Sonntag und Montag von Irland über die Nordsee und die westliche Ostsee zog, erreichte die Zyklozentralität über dem Atlantischen Ozean ihren vorläufigen Abschluß. Am Dienstag fanden sich über dem Meere nur geringe Druckgegensätze. Ueber den Mittelmeerraum und dem Balkan lagerte ein Hochdruckgebiet, das über Frankreich warme Luft nach Norden schickte. Diese Westwind überströmte auch den größten Teil von Deutschland und Dänemark. Im deutschen Hochlande wurden meist 10 Grad überschritten. Stellenweise erreichte das Thermometer sogar 14 Grad. Die Berggipfel bis über die Höhe der Schneeföhne hinaus hatten Tauwetter bekommen. Ueber England trifft die warme Luft auf kalte nördlichen Ursprünge. Es scheinen sich dort Störungen zu bilden, auf deren Rückseite diese Kaltluft jedoch erst allmählich wieder nach Süden zu an Raum gewinnen dürfte.

Wetterausichten für Berlin und weitere Umgebung: Wolfig und sehr mild, schwächliche Brise.

Allgemeine Wetterausichten für Deutschland: Im Nordwesten des Reiches im Laufe des Tages Wühlung mit Regenschauern, sonst Partauer des sehr milden Wetters ohne stärkere Niederschläge, auch in Ostpreußen Anstiegen der Temperaturen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 7. Kreis Charlottenburg, heute, Mittwoch, 10. Januar, 18 Uhr, Sitzung der Bezirksvorsteher im Rathaus. Teilnehmende sind beim Genossen Gerdin zu erwarten.
- 13. Kreis Tempelhof, Donnerstag, 14. Januar, müssen alle Gewerkschaften (Klein- und Groß-) im Rathaus, Charlottenburg, Sitzung der Bezirksvorsteher um 17 Uhr. - Montag, 15. Januar, um 10 Uhr, bei Vornemann, Tempelhof, Berliner Str. 100, Versammlung aller SPD-Bezirksgruppen.

Heute, Mittwoch, 15. Januar.

- 12. WM, 19 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Schulaula Halleserstraße.
- 21. WM, Die Bezirksleiter holen ab heute Handzettel für die Wahlversammlung am Sonntag, 16. Januar, Charlottenburg, 26. ab.
- 27. WM, Charlottenburg, 20 Uhr, Funktionärssitzung bei Schim, Rummelstraße 21.
- 31. WM, Bildungsausschuss für die Wahlversammlung am Sonntag, 16. Januar, 19 1/2 Uhr, Charlottenburg, 26. ab.
- 32. WM, Neukölln, Die Bezirksleiter, 14. 15. 16. veranlassen am Sonntag, 16. Januar, eine Besichtigung des Festivals Arbeiter-Sportplatzes. Treffpunkt 10 Uhr, L. Pöhlke, Berlin, 10. ab.

Morgen, Donnerstag, 16. Januar.

- 8. WM, 19 1/2 Uhr bei Teubert, Solmenstraße 11, Funktionärssitzung. Sehr wichtige Tagesordnung.
- 21. WM, 20 Uhr in der Geschäftsstelle, Wradler Str. 21, Sitzung sämtlicher Kreisvereinsleitungen und der Bezirksleiter.
- 32. WM, 20 Uhr bei Rummel, Teubert-Str. 11, Vorstandssitzung. Täglich erscheinen.
- Charlottenburg, 12. WM, 20 Uhr zeitlich bei Dr. Dittmer, 24, Funktionärssitzung. 25. WM, ungenutzte Wahlabschlüsse (siehe die hierigen Parteinachrichten) müssen bestimmt erledigt werden. Sitzungsbeginn um 19 1/2 Uhr. - 26. WM, Sonnabend, 15. Januar, findet im viel Zeit im Rathaus ab. Jeder sollte sich bei diesen Abenden die Wahlabschlüsse mitbringen. Einzelheiten sind bereits bei allen Bezirksleitern erhältlich.

Frauenveranstaltungen.

- 1. Kreis Friedrichshagen, Der Auszug über „Stoffweberinnen“, Referentin Fr. Frau Raben, findet umhüllendster erst am Donnerstag, 16. Januar, statt. Lokal wird noch bekanntgegeben.
- 19. Kreis Prenzlau, Sonnabend, 15. Januar, Besichtigung des Gesundheitsbundes Prenzlau, GutsMuths-Str. Treffpunkt 16 1/2 Uhr direkt im Gesundheitsbunde.
- 104. WM, Ritzsch, Freitag, 17. Januar, 19 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Schillertheaters: „Die Frau in der Dichtung“, erste und zweite Abteilungen der Gesellen Reichel soll.
- 104. WM, Reichshaus-Bez., Donnerstag, 14. Januar, Abends, 19 1/2 Uhr, bei der Sitzung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Gruppe Lichtenberg, Freitag, 15. Januar: Falsch und Jungfrauen 18-20 Uhr in der Lichtenberg-Kindertagesstätte, 4-6. Donnerstag, 16. Januar: Jung- und Mädchen 18-20 Uhr im Eltern-Klub, Freitag, 17. Januar: Falsch und Jungfrauen 18-20 Uhr im Eltern-Klub, Samstag, 18. Januar: Falsch und Jungfrauen 18-20 Uhr. Treffpunkt: Sonnabend, 15. Januar, 19 1/2 Uhr, Lichtenberg-Kindertagesstätte, 4-6. Sonntag, 16. Januar: Falsch und Jungfrauen 18-20 Uhr. Treffpunkt: Sonntag, 16. Januar, 19 1/2 Uhr, Lichtenberg-Kindertagesstätte, 4-6.

Jungsozialisten.

- Gruppe Neukölln: heute, Mittwoch, 10 Uhr, im Jugendheim Tempelhofer Straße 10-12, Jahreshauptversammlung.
- Gruppe Prenzlauer Berg: heute, Mittwoch, 10 Uhr, im Jugendheim Tempelhofer Straße 10-12, Jahreshauptversammlung.
- Gruppe Prenzlauer Berg: heute, Mittwoch, 10 Uhr, im Jugendheim Tempelhofer Straße 10-12, Jahreshauptversammlung.

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wichtiges des Kriegsbereitigten, Kriegsveteranen und Kriegshilfen...
18. Abt. Infanterie bewährten Geniehl...
Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Um das Zündholzmonopol.

Die Reichsratsreaktion gegen die deutsche Wirtschaft.

Die Reichsregierung hat mit dem schwedisch-amerikanischen Zündholztrust (Swar Kreuzer) zur Erlangung einer langfristigen Anleihe von 500 Millionen Reichsmark einen Vertrag abgeschlossen, der die Errichtung eines Zündholzhandels-Monopols in Deutschland vorsieht. Der Gewinn aus diesem Monopol fließt zum erheblichen Teile als zusätzliche Verzinsung für die Anleihe dem Schwedentrust zu.

An diesem Vertrage hat der Schwedentrust sich damit einverstanden erklärt, daß die Produktion der Zündholzfabriken der Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GCK) nicht an das Monopol abgeteilt zu werden braucht, weshalb auch aus diesem Teile der deutschen Erzeugung kein Gewinn an den Schwedentrust fällt. Der Vertrag mit dem Schwedentrust und demzufolge auch der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Zündholz-Monopols sah für die GCK ein Fabrikations-Kontingent von 2000 Normalkisten à 1000 Paß Zündhölzer für das Jahr mit einer jährlichen Steigerung von 345 Kisten für die Dauer des Monopols vor. Das war schon eine erhebliche Einschränkung der Erzeugung der genossenschaftlichen Eigenproduktion gegenüber dem Gesetz über die Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern vom 28. Mai 1927, in welchem den genossenschaftlichen Zentralen die unbeschränkte Erzeugung gesetzlich zugesichert war. Die GCK wollte sich jedoch mit dem oben genannten Kontingent begnügen, um im Interesse der deutschen Reichsfinanzen die Anleihe nicht zu gefährden.

Bei den Verhandlungen im Reichsrat über das Monopolgesetz wurde das Unglaubliche zur Tatsache: der Vertreter des Freistaates Sachsen beantragte, den Artikel des Gesetzes, welcher die Erzeugung der GCK behandelt, aus dem Gesetz zu streichen und damit zwei Drittel dieser Produktionsmenge dem Schwedentrust zuzumeifen. Infolge der Regierungsvorstellung auf die Konsequenzen dieses Antrages hinwies (Schädigung der deutschen Wirtschaft zugunsten des Auslandes), hielt der sächsische Vertreter seinen Antrag aufrecht. Die Mehrheit des Reichsrates war jedoch vernünftig genug, diesen Antrag abzulehnen.

Unter Mithilfe des Vertreters von Bayern stellte dann der Vertreter des Freistaates Sachsen den Antrag, das Kontingent der GCK von 2000 Normalkisten auf 19000 Normalkisten im Jahr herabzusetzen, die vorgezeichnete Steigerung der Erzeugung im Laufe der Monopoldauer ganz zu streichen und die Sonderabgabe, die die GCK an das Reich zu leisten hat, von 30 M. auf 60 M. für die Normalkiste heraufzusetzen. Diese Anträge wurden, trotz der darin enthaltenen Schädigung der deutschen Wirtschaft, vom Reichsrat angenommen.

Die Folgen für Reichsfinanzen und deutsche Wirtschaft.

Von den Monopoleinnahmen erhält das Reich vorab einen Betrag von 13 M. für die Kiste. Der nach Deduktion der Verwaltungskosten verbleibende Reingewinn des Monopols wird je zur Hälfte auf den Schwedentrust und das Reich verteilt. Dieser Gewinnanteil des Reiches kann sich, hoch gerundet, auf 8,50 M. für die Kiste belaufen, so daß das Reich aus den durch das Monopol abgesetzten Zündhölzern im günstigsten Falle 21,50 M. pro Kiste erhält gegen 60 M. netto für die Kiste aus dem Absatz der GCK. Diese Mehrbelastung der genossenschaftlichen Erzeugung von 38,50 M. für

die Kiste stellt schon ein Ausnahmewort dar und steht einer Bestrafung für rationelle Produktion und Wirtschaftsführung sehr ähnlich.

Auf die 4000 Kisten, die nach den Beschlüssen des Reichsrates die GCK weniger herstellen darf, ergibt sich somit eine Wiedereinnahme des Reiches von 154000 Reichsmark für das Jahr. Da nach dem Gesetzentwurf die GCK während der ganzen Monopoldauer umgerechnet im Durchschnitt 28 000 Kisten Zündhölzer im Jahre herstellen dürfte,

ergibt sich nach Annahme des sächsisch-bayerischen Antrages ein jährlicher Verlust für die Reichskasse von 348 500 M., oder auf die Monopoldauer von 33 Jahren, eine Mindereinnahme für das Reich von 12 127 500 M.

Diese auf Beschluß des Reichsrates der Reichskasse vorzuziehende Summe kann nun fast reiflos der Schwedentrust (!) einstreichen und er wird sicher den sächsischen und bayerischen Reichsratsmitgliedern für diese Verwendung dankbar sein.

Über weiter: Nach dem Vertrage mit dem Schwedentrust ist dieser an der deutschen Zündholzproduktion mit 63 Proz. beteiligt. Es ergibt sich hieraus, daß der Gewinn an den nach den Beschlüssen des Reichsrates der GCK entzogenen 4000 bzw. 8000 Kisten jährlich zu nahezu zwei Drittel ebenfalls dem Schwedentrust zugeschnitten wird. Es zeigt sich also hier, daß zugunsten der Reichskasse und der deutschen Wirtschaft dem ausländischen Kapital Riesensummen zugesprochen werden, auf die der Schwedentrust bei Abschluß des Vertrages gar nicht gerechnet hat.

Die Beschlüsse des Reichsrates gewinnen auch dadurch noch ein erhöhtes Interesse, als das dem Reichserwerb deutscher Konsumvereine in Köln, der zwar keine Zündholzfabrik besitzt, im Gesetzentwurf zugewiesene Kontingent von 3700 Kisten bestehen bleiben soll, während die Quote der GCK glatt um 20 Proz. herabgesetzt wurde.

Man fragt sich vergeblich.

wie es möglich ist, daß bei der trostlosen Lage der Reichsfinanzen und der deutschen Wirtschaft eine Körperschaft wie der Reichsrat zu Beschlüssen kommen kann, die eine derartige Schädigung der deutschen Interessen zugunsten ausländischer kapitalistischer Unternehmungen bedeuten. Nur blindwütiger Haß gegen das Konsumgenossenschaftswesen kann bei den Beschlüssen Vorentscheidungen herbeiführen, sonst wäre es nicht denkbar, daß man lieber dem ausländischen Kapital Vermögen zuschreibt, als man der Genossenschaftsbewegung Berechtigtes überfahren und die mit rein deutschem Kapital arbeitenden GCK-Fabriken eine angemessene Quote an der Zündholzfabrikation zukommen läßt.

Wird auch der Reichstag verjagen?

Es darf wohl erwartet werden, daß bei der demnächstigen Beratung des Zündholz-Monopol-Gesetzes im Reichstag die Volksvertreter die deutschen Interessen besser zu wahren wissen als der Reichsrat und daß der Reichstag das Gesetz nach der Regierungsvorlage in seiner ursprünglichen Form annehmen wird. Dem Gesetze einer Handvoll neidischer Händler darf das Interesse der Verbraucher, nämlich des größten Teiles des deutschen Volkes, nicht geopfert werden.

Anfangen!

Konjunkturausgleich durch öffentliche Aufträge.

Die gegenwärtige schon fast katastrophale Lage des Arbeitsmarktes macht alle Möglichkeiten, die industrielle Tätigkeit zu heben, zu wirtschaftlichen Lebensfragen. Zu diesen Möglichkeiten gehört der von den beteiligten Reichsministerien und dem Reichswirtschaftsrat geforderte Plan, die öffentlichen Aufträge nach Umfang, Größe und geographischer Verteilung zu erfassen und sie zur Ausgleichung der Konjunktur je nach der Wirtschaftslage einzusetzen. Die Pläne dafür liegen längst fest. Die Durchführung läßt auf sich warten.

Zweifellos ist die Erschwerung der Finanzlage des Reichs, der Länder und Kommunen ein Hindernis, zusätzliche beziehungsweise große öffentliche Aufträge konjunkturausgleichend einzusetzen. Man hält aber, daß über dem Bemühen, erst eine Ueberbrücke über den gesamten Umfang der Aufträge herzustellen, die Durchführung des Planes überhaupt unterlassen wird. Seit dem 1. Januar 1929 werden die Aufträge der Reichsministerien beim statistischen Reichsanwalt gesammelt; seit dem 1. April 1929 beteiligen sich an dieser statistischen Erfassung die Länder, ab 1. Januar 1930 sollten die Kommunen mitwirken; der Termin ist aber wieder verstrichen worden, so daß die Beizichterstellung der Kommunen erst zum 1. April 1930 erwartet wird. Die Sammlung wird also (scheinbar) sehr systematisch, dafür aber sehr langsam vorgenommen. Außerdem scheint man in den amtlichen Stellen für die Durchführung des Planes nicht mehr allzuviel große Hoffnungen zu haben, weil einmal zwischen dem Augenblick der Erhebung und der Auftragserteilung zu viel Zeit vergeht und weil zum anderen eine einheitliche Regelung mancher der Beteiligten zu un bequem ist.

Man gewinnt daraus den Eindruck, daß der sehr vernünftige und volkswirtschaftliche notwendige Gedanke des Konjunkturausgleichs durch öffentliche Aufträge nicht am Gedanken selbst, sondern an der allzu systematischen und bürokratischen Art der Durchführung zu scheitern droht. Wir sind der Meinung, daß man mit der Durchführung des Planes auch dann beginnen muß, wenn sie erst in Teilgebieten erfolgen kann. Lasterfolge sind wichtiger als gar keine Erfolge und die schließliche Gefährdung des ganzen Planes.

Louis Hagen ist optimistisch.

Auslandsanleihen sind notwendig.

Bei seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden der Kölner Industrie- und Handelskammer sprach Geheimrat Louis Hagen auch zur gegenwärtigen Wirtschaftslage. Er sagte unter anderem: Ich glaube und hoffe, daß wir in diesem Jahre mit einer langsamen und stetigen Besserung zu rechnen haben. Auf allen Gebieten hat sich jedenfalls in der letzten Zeit eine Stabilität durchgesetzt. Ich denke dabei z. B. an die Großindustrie und an die für unseren Bezirk wichtige Braunkohlenindustrie. Diese Lasten kann den Mut geben, daß bei einer vernünftigen Finanzgebarung eine Besserung auf allen Gebieten nach und nach eintritt. Wirklich fühlbar wird sie aber erst dann werden, wenn die öffentlichen Kassen aufhören, am Geldmarkt alles wegzuschöpfen, was vorhanden ist. Wenn dies unterbleibt, wenn die ausländischen Gelder wieder weiter bei uns fließen und wenn nach und nach eine Ermäßigung der Zinsen, die heute noch mit 10 und 12 Proz. im Debet

angerechnet werden, eintritt, dann erst wird auch eine dauernde Besserung eintreten."

Das optimistische Urteil dieses rheinisch-westfälischen Großfinanziers ist bemerkenswert. Sein Hinweis auf die öffentliche Geldnachfrage als Ursache der Geldwertverminderung stimmt zum mindesten für den Augenblick nicht, wo das Geld fast ebenso schwer Arbeit findet wie die Menschen. Festhalten muß man, daß auch Louis Hagen von dem Zustuh ausländischer Anleihen den Wiederaufstieg der Wirtschaft abhängig sieht.

Wirtschaftsfriede mit Polen.

Schlesische Betriebsräte an die Reichsregierung.

Die Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte in Breslau nahm am Sonntag zu dem deutsch-polnischen Handelsvertrag eine Entschließung an, in der es heißt: „Die Vollversammlung erklärt, daß die in Schlesien und in Breslau zur Zeit herrschende schwere Wirtschaftskrise eine Folge des Zollkrieges mit Polen ist. Schlesiens Industrie und Handel seien eines sehr großen Teils ihres natürlichen Absatzgebietes beraubt; deshalb müsse die Reichsregierung mit allen Mitteln auf den möglichst baldigen Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen und damit auf die Öffnung der polnischen Grenzen für die deutsche Ware hinarbeiten. Ebenso wie es im Interesse der polnischen Wirtschaft liegt, die Grenzen nach dem Besten für ihre Produktion zu öffnen, ist die Frage des Abschlusses des Handelsvertrages mit Polen für die schlesische und insbesondere Breslauer Wirtschaft eine Lebensfrage.“

Konkurs im Maschinenbau.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe stellt ihre Zahlungen ein

Wie die Verwaltung der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe in einem Kundschreiben mitteilt, hat sie sich gezwungen gesehen, nach fast 100jährigem Bestehen ihre Zahlungen einzustellen. Mit den Gläubigern soll ein außergerichtlicher Vergleich erstrebt werden. In der Mitteilung der Verwaltung wird darauf hingewiesen, daß bei vorsichtiger Bewertung der Aktiven eine volle Befriedigung der Gläubiger erwartet werden kann. Nach dem Stande vom 8. Januar stehen rund 3,2 Millionen Aktien Gesamtverbindlichkeiten von 2,75 Millionen gegenüber.

Das Karlsruher Maschinenunternehmen, das vor dem Kriege sehr gut von den Bestellungen der badischen Staatsbahn lebte, und nach im Jahre 1924 rund 1500 Mann Belegschaft beschäftigte, ist wie so viele andere Werke, ein Opfer der Lokomotivkrise geworden. Schon 1926 war die Beschäftigung so gering, daß die Belegschaft bis auf 700 Mann abgebaut wurde. Zuletzt war die Belegschaft bis auf 350 Mann zusammengeschrumpft.

Nach der Absetzung des Lokomotivbaues gegen Baronschädigung an Krupp war es der Gesellschaft nicht möglich gewesen, sich ausreichende Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. So ist es trotz großer Steuererleichterung durch die Stadt Karlsruhe zur Zahlungseinstellung gekommen. Die Frage einer Aufrechterhaltung der Betriebe hängt davon ab, ob es der Gesellschaft gelingt, einen Lebensrückgangskredit zur Ausführung des vorhandenen Auftragsbestandes zu erhalten.

Internationale Chemie.

Erweiterung des Dupont-Konzerns.

Auf der Washingtoner Wirtschaftskonferenz, die im November auf Einladung des Präsidenten Hoover stattfand, wurde bereits mitgeteilt, daß der große Chemiekonzern Dupont de Nemours im laufenden Jahre 25 Millionen Dollar für Neubauten auszugeben beabsichtigt. Künftig wird bekannt, daß von dieser Gesamtsumme 4 Millionen Dollar auf die Grasselli Chemical Co. entfallen, eine Tochtergesellschaft, in der vor allem Schwerechemikalien hergestellt werden. Weitere 4 Millionen Dollar entfallen auf die ausgedehnten Kunstseideninteressen des Konzerns. Als Baukosten für die Ammonialwerke in West-Virginien werden 5 Millionen Dollar genannt, ebensoviel die Kosten zum Ausbau der Farbstoffwerke in Deepwater Point.

Die Produktion des Dupont-Konzerns, der mehr als 26 000 Arbeiter beschäftigt, umfaßt außer Sprengstoffen, die insbesondere in den Kriegsjahren im Mittelpunkt der Interessen standen, Stickstoff, Gorbstoffe, Kohlen, alkalische Erzeugnisse, Säuren, Kunstseide usw. Interessanterweise stammt aber seit Jahren die Haupteinnahme des Konzerns nicht aus der eigenen Produktion, sondern aus seiner Beteiligung an dem großen Automobilkonzern General Motors Corp.

Auch Maschinendividenden steigen.

Bomag-Plauen erhöht von 6 auf 8 Prozent.

Die sächsischen Maschinenindustriellen haben im letzten Jahre das Gebiet des Freistaates Sachsen wiederholt als den größten Krisenherd in der deutschen Maschinenindustrie bezeichnet. Sowohl der Arbeitsmarkt in Sachsen in Frage kommt, trifft diese Behauptung zweifellos zu, aber wie in Deutschland überhaupt, kann man auch im sächsischen Maschinenbau die Lage überschreiben: Gute Konjunktur — schlechter Arbeitsmarkt.

Der jetzt veröffentlichte Abschluß der Bomag (Boguslawische Maschinenfabrik) in Plauen kennzeichnet die Lage sehr treffend. Die Belegschaft ist seit 1924/27 von 5600 auf 3000 Mann zurückgegangen. In den letzten Geschäftsjahren ist kein weiterer Abbau bis auf 2200 Mann durchgeführt worden; zu gleicher Zeit aber stieg der Umsatz um rund 60 Prozent. Es ist also eine ständige und ganz beträchtliche Steigerung der Leistungsfähigkeit je Mann und Schicht eingetreten, die ganz zweifellos zu einer wesentlichen Senkung der Herstellungskosten geführt hat.

So weisen auch die Gewinnziffern des Unternehmens eine fortgesetzte Steigerung auf. Es betragen in den Geschäftsjahren

	1928/27	1927/28	1928/29
	in Millionen Mark		
Abschreibungen	0,60	0,73	0,78
Reingewinn	0,44	0,50	0,63
Dividenden	4%	6%	8%

Obwohl die Anlagevermögen des Unternehmens in die Bilanz schon äußerst niedrig eingeleitet sind und eine starke innere Stütze bilden, sind die Abschreibungen im Jahr für Jahr heraufgeschraubt worden. Trotz der herdurch eingetretene Kürzung des Reingewinns weist dieser in den letzten Jahren eine Steigerung um fast 50 Proz. auf. Die Umsatzsteigerung im letzten Jahr, die fast 35 Proz. ausmachte, wurde hauptsächlich im Lokomotiv- und Omnibusbau erzielt. Desgleichen stieg die Produktion von Druckmaschinen. Auch die Entwicklung in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres wird von der Verwaltung als durchaus befriedigend bezeichnet.

Tschechisches Getreidemonopol.

Ueber die seit einiger Zeit in Arbeit befindlichen und von der Prager Regierung erzwungen Maßnahmen zur Behebung der Agrarkrisis werden jetzt Einzelheiten bekannt. Im Vordergrund der Pläne steht die Errichtung eines Getreide-Einfuhr-Monopols. Es soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden, deren Kapital auf 120 Millionen Kronen festgelegt wird. Die Staatsbeteiligung an dieser Gesellschaft würde 51 Proz. betragen. Die restlichen 49 Proz. der Aktien werden von den interessierten Fachkreisen gezeichnet. Die Monopol-Import-Gesellschaft legt die Verkaufspreise für Weizen und Roggen fest.

Zwei städtische Werks-Gesellschaften in Dresden. Die Versorgungs- und Verkehrsunternehmungen der Stadt Dresden sollen in zwei Gesellschaften eingebunden werden, deren Aktien soll im Besitz der Stadt Dresden bleiben. Die erste Gesellschaft mit einem Kapital von 50 Millionen Mark umfaßt die städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke; die zweite, deren Kapital 18 Millionen Mark betragen soll, wird die städtische Straßenbahn umfassen. Von den 18 Personen des Aufsichtsrates sollen vier Wirtschaftswissenschaftler norddeutschen sein, die übrigen 14 verteilen sich auf den Rat, die Stadtverordnetenvertreter und den Betriebsrat.

Geldflut bei den Vereinigten Nickelwerken. Zu den Unternehmen, die im Geld schwimmen und den Begriff Kapitalknappheit nicht kennen, gehört auch die Vereinigte Deutsche Nickelwerke A. G. in Schwerte (Westfalen). Im vergangenen Jahre erzielte das Unternehmen einen Reingewinn der fast einer 24prozentigen Dividende entsprach. Ausgezahlt wurde aber nur eine 12prozentige Dividende, während die übrigen Gewinne in Sonderausstellungen verschwanden. Hierunter befand sich auch eine Reserve von 200 000 M. für Neubauten. Jetzt teilt die Verwaltung in ihrem Jahresbericht für 1928/29 mit, daß sie im letzten Jahr sämtliche Laufkosten „über Betrieb“ aus laufenden Gewinnen bezahlen konnte und so diese Reserve nicht in Anspruch zu nehmen brauchte. Trotz dieser Belastung des Betriebsmittel kann die Geschäftslage der Gesellschaft kaum überboten werden. Rund 8,8 Millionen Kontoguthaben und Forderungen sowie 2,4 Millionen Vorräte, die wenigstens zum Teil flüssig gemacht werden können, stehen nur 2,1 Millionen Mark Verpflichtungen und Steuerschulden gegenüber. — Die Dividende für 1928/29 wird wieder auf 12 Proz. festgesetzt.

New York verbaucht 1930 zehn Milliarden Mark. Die Bautätigkeit im New-Yorker Stadtbezirk ist im Jahre 1929 laut Abmeldung gegenüber dem Vorjahre um 21 Proz. auf 1233 Millionen Dollar zurückgegangen. Die zu Beginn des neuen Jahres in Aussicht genommenen Bauprojekte erfordern Investitionen im Betrage von rund 2,4 Milliarden Dollar, fast 10 Milliarden Mark, so daß im Jahre 1930 eine Besehung der Bautätigkeit zu verzeichnen sein wird.

STAATL. FACHINGEN
Wirkt vorbeugend!
Fachlager Versandstelle, Berlin SW II,
Schötenberger Str. 146, Tel. L 9200 8208-6.